



7. Bundesfrauenkonferenz
Potsdam 12. - 13. März 2018



Gewerkschaft der Polizei

Geschäftsbericht 2014 - 2018

Inhalt

1. Aktivitäten der Frauengruppe (Bund) 4

1.1	Sitzungen und Arbeitstagungen der Frauengruppe (Bund).....	5
1.2	Gleichstellungstagung am 7./8. April 2016	16
1.3	Arbeitsgruppen (AG).....	17
1.3.1	AG Vereinbarkeit Beruf und Leben	17
1.3.2	AG Menschenhandel und Zwangsprostitution.....	19
1.3.3	AG Geschlechtersensibles Gesundheitsmanagement.....	21
1.3.3.1	Arbeitsschutzsymposium	22
1.4	Internationaler Frauentag.....	22
1.4.1	8. März 2016 in München.....	23
1.4.2	8. März 2017 in Mainz	24
1.5	Politische Gespräche/Anhörungen	25
1.5.1	Gespräch im Bundesverteidigungsministerium (BMV) zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.....	25
1.5.2	Anhörung im Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes	25
1.5.3	Gespräch über die politischen Vorhaben der Bundesregierung zur Entgeltgleichheit von Frauen und Männern	26
1.6	Newsletter der Frauengruppe (Bund).....	27
1.7	Pressekonferenzen „Nein zu Gewalt gegen Frauen“	28
1.7.1	Pressekonferenz am 24.11.2015.....	28
1.7.2	Pressekonferenz am 25.11.2016.....	28

1.7.3	Pressekonferenz am 24.11.2017 in Berlin.....	29
1.8	Handlungsempfehlung gegen Zwangsheirat und Frühehen	30
1.9	„Nur ein Handschlag“	30
1.10	Werbemittel der Frauengruppe	31
1.11	Seminar „Schreibwerkstatt“.....	31
1.12	Evangelischer Kirchentag	31
1.12.1	Evangelischer Kirchentag vom 3. - 6. Juni 2015 in Stuttgart.....	31
1.12.2	Evangelischer Kirchentag vom 25. - 27.05.2017 in Berlin.....	32

2. Projekte der Frauengruppe (Bund) 34

2.1	Personalentwicklungsprojekt 2015.....	35
2.2	Personalentwicklungsprojekt 2017.....	35
2.3	Projekt „Führen in Teilzeit“	36
2.4	Projekt „Gleichstellungsarbeit bei der Polizei: Erfahrungen und Perspektiven“	37

3. Geschäftsberichte der Landes- und Bezirksfrauengruppen 2014 - 2018 39

Landesfrauengruppe Baden-Württemberg.....	40
Landesfrauengruppe Bayern.....	41
Landesfrauengruppe Berlin.....	44
Landesfrauengruppe Brandenburg.....	46
Landesfrauengruppe Bremen	48
Bezirksfrauengruppe Bundespolizei.....	49
Landesfrauengruppe Hessen	52



	Landesfrauengruppe Hamburg	53
	Landesfrauengruppe Mecklenburg-Vorpommern	55
	Landesfrauengruppe Niedersachsen	56
	Landesfrauengruppe Nordrhein-Westfalen	57
	Landesfrauengruppe Rheinland-Pfalz	59
	Landesfrauengruppe Saarland	60
	Landesfrauengruppe Sachsen	61
	Landesfrauengruppe Sachsen-Anhalt	62
	Landesfrauengruppe Thüringen.....	64
4.	Zusammenarbeit mit dem DGB	67
4.1	DGB-Bundesfrauenausschuss	68
4.2	DGB-Bundesfrauenkonferenz vom 22. - 25. November 2017	69
4.3	DGB-Projekt „Vereinbarkeit Beruf und Familie gestalten“	70
4.4	DGB-Projekt „Was verdient die Frau? Wirtschaftliche Unabhängigkeit!“	71
4.5	WoMenPower	71
5.	Deutscher Frauenrat	72
5.1	CEDAW	73
6.	Frauen in der GdP	75
7.	Anträge/Beschlüsse	77
7.1	Beschlüsse.....	78

Nachruf Dagmar Hölzl, Bundesfrauenvorsitzende





1. Aktivitäten der Frauengruppe (Bund)



1.1 Sitzungen und Arbeitstagen der Frauengruppe (Bund)

2014

18. März	Konstituierende Sitzung des Geschäftsführenden Bundesfrauenvorstandes (GBFV)
6./7. Mai	Sitzung GBFV
17./18. Juni	Sitzung GBFV gemeinsam mit GBV
7./8. Oktober	Sitzung GBFV
8. – 10. Oktober	Arbeitstagung

2015

29./30. Januar	Sitzung GBFV
27./28. April	Sitzung GBFV
28. – 30. April	Arbeitstagung
23./24. November	Sitzung GBFV
24. – 26. November	Sitzung Bundesfrauenvorstand

2016

1./2. Februar	Sitzung GBFV
6./7. April	Sitzung GBFV gemeinsam mit GBV
8./9. September	Sitzung GBFV
29./30. November	Sitzung GBFV
30. Nov. – 1. Dez.	Arbeitstagung

2017

13. – 15. Februar	Arbeitstagung
15./16. Februar	Sitzung GBFV gemeinsam mit GBV
12./13. Juni	Sitzung GBFV
18./19. September	Sitzung GBFV
19./20. September	Sitzung Bundesfrauenvorstand



Auf Einladung der Signal/PVAG fand die **1. Sitzung des neu gewählten Geschäftsführenden Bundesfrauenvorstandes am 6./7. Mai 2014** in Dortmund statt. Ein Schwerpunkt dieser Sitzung war die Nachbereitung der 6. Bundesfrauenkonferenz, die im März 2014 in Potsdam, stattgefunden hat. Für die 43 Anträge wurde eine Zuordnung festgelegt. Insgesamt wurden elf Anträge an den Bundeskongress weitergeleitet. Die Themen des Worldcafes werden auf der Arbeitstagung der Frauengruppe im Oktober 2014 bearbeitet. Ein weiterer Schwerpunkt der Sitzung waren die Sachstände zu den geplanten AGs „Menschenhandel und Zwangsprostitution“, „Vereinbarkeit Beruf und Leben“ und „Geschlechtersensibles Gesundheitsmanagement“. Die Aufgaben, Zeitschienen sowie die AG-Mitglieder wurden festgelegt. Die Bundesfrauenvorsitzende informierte über das Projekt „Gendergerechte Beurteilungen“, das im Spätsommer 2014 abgeschlossen sein wird, sowie über das Projekt „Personalentwicklung“, das zu diesem Zeitpunkt dem Kuratorium der Walter-Hesselbach-Stiftung zur Entscheidung vorlag. Die Themen der Arbeitstagung wurden ebenso wie die anstehenden Termine besprochen.

In der **gemeinsamen Sitzung mit dem GBV am 17.06.2014** wurden die Inhalte und Zeitschienen der Arbeitsgruppen vorgestellt. Ebenso waren die Sachstände zu den Projekten, die Anträge der Frauengruppe, die zum Bundeskongress eingereicht wurden, sowie das Grundsatzprogramm Thema

der gemeinsamen Sitzung. Es wurde festgestellt, dass zum Meldetermin der Delegierten der Frauenanteil nur 19 Prozent betrug und diese Zahl nicht dem bundesweiten Mitgliederanteil von fast 24 Prozent entspricht. Am zweiten Sitzungstag, 18.06.2014 wurde das Layout für die Postkarte, die anlässlich des Internationalen Frauentages mit der Aufschrift „Wer die Besten will, kann auf die Frauen nicht verzichten!“ gedruckt werden soll, ausgewählt. Die Landesbezirke/Bezirke erhielten die Gelegenheit, sich an einer Sammelbestellung zu beteiligen.

Im Vorfeld der Arbeitstagung fand am **07./08.10.2014 eine GBFV-Sitzung** in der IG Metall Bildungsstätte in Berlin-Pichelssee statt. Zu diesem Termin

eingeladen waren die stellv. DGB-Vorsitzende Elke Hannack und Anja Weusthoff, Abteilungsleiterin für Frauen und Gleich-



stellungspolitik beim DGB. Die Ergebnisse des Projektes „Beurteilungen im Polizeivollzugsdienst“ und das Folgeprojekt „Gendergerechte Beurteilungen“ wurden von Dagmar Hölzl vorgestellt. Die künftige inhaltliche Ausrichtung der AG „Vereinbarkeit Beruf und Leben“, die Zusammenarbeit mit dem DGB-Projekt „Vereinbarkeit gestalten“, die neu gegründete AG „Gesundheitsmanagement“ sowie die Anträge, die zum Bundeskongress der GdP eingereicht werden sollen, waren Bestandteil des Gesprächs. Im Verlauf der GBFV-Sitzung wurde die Arbeitstagung der Frauengruppe vorbereitet sowie die Aktionen zum Internationale Frauentag und zum Evangelischen Kirchentag 2015 besprochen. Zu der im Anschluss stattfindenden **Arbeitstagung der Frauengruppe (Bund) vom 08. - 10.10.2014** wurden neben dem Bundesfrauenvorstand auch die jeweiligen Vertreterinnen eingeladen.



Die Themen der neugegründeten Arbeitsgruppen, das Personalentwicklungsprojekt, der Evangelische Kirchentag, die Postkartenaktion „Wer die Besten will, kann auf Frauen nicht verzichten“ und das Gespräch mit Elke Hannack waren Themen des ersten Tages.

Eingeladen zu der Arbeitstagung war Dr. Andrea Jochmann-Döll, die das von der

Hans-Böckler-Stiftung (HBS) finanzierte Projekt „Gendergerechte Beurteilungen im Polizeivollzugsdienst“ vorstellte und sich den Fragen und Diskussionen der Kolleginnen stellte.

Die Ergebnisse des Worldcafes auf der 6. BFK und die daraus resultierenden Arbeitsaufträge wurden von Wilma Wäntig vorgestellt.



Unter dem Motto „WIR Frauen auf dem Bundeskongress!“ berichtete Erika Krause-Schöne aus der Antragsberatungskommission. Ebenfalls wurden die Anträge, die die Frauengruppe (Bund) an den Bundeskongress gestellt hat, besprochen und Argumente und Redebeiträge festgelegt. Zum Abschluss berichteten die Kolleginnen aus ihren Landesbezirken und Bezirken.

Mit einem Rückblick auf den Bundeskongress und insbesondere auf den abgelehnten Satzungsantrag D 5 der Frauengruppe wurde die **1. GBFV-Sitzung im neuen Jahr am 29./30.01.2015** in Hilden eröffnet. Bei dem Resümee wurde besonders die große Unterstützung durch den DGB-Vorsitzenden Rainer Hoffmann aber auch einiger Delegierter begrüßt. Vor dem Hintergrund der allgemeinen politischen Lage war es enttäuschend, dass die GdP die einzige DGB-



Gewerkschaft ist, die keine entsprechende Satzungsregelung vorweist. Positiv wurde zur Kenntnis genommen, dass der Rückhalt für eine „Quotenregelung“ bei den Delegierten zunehmend spürbar größer geworden ist.

Der GBFV wurde über die Arbeit der neu gebildeten AG „Vereinbarkeit Beruf und Leben“, das geplante Projekt „Führen in Teilzeit“ und den Sachstand zum Projekt „Personalentwicklung“ informiert. Ein Großteil der Sitzung nahm die Vorbereitung, der im April geplanten Arbeitstagung zum Thema „Geschlechtersensibles Gesundheitsmanagement“ ein.

In Bearbeitung des Antrages E 1 „Demografie im Arbeitsleben“ auf der 6. BFK und dem angenommenen Antrag E 13 des 25. Ordentlichen Bundeskongresses nimmt sich die Frauengruppe dieser Thematik an.

Ziel war u. a. unter dem Aspekt einer gesundheitsförderlichen Führung (salutogene Führung) auf ein ganzheitliches Gesundheitsmanagement in der Polizei hinzuwirken.

In der **GBFV-Sitzung am 27./28.04.2015** in Fulda, die im Vorfeld der Arbeitstagung stattfand, wurde der Sachstand zu den AGs „Vereinbarkeit Beruf und Leben“ sowie „Menschenhandel und Zwangsprostitution“ besprochen.

Dagmar Hölzl informierte den GBFV sowohl über den Auftaktworkshop des Personalentwicklungsprojektes am 25./26. März 2015 in der Bundesgeschäftsstelle in Hilden als auch über das Projekt „Führen in Teilzeit“, das im Sommer 2015 beginnen sollte.

Neben den Terminen/Aktionen zum Evangelischen Kirchentag und Internationalen Frauentag 2016 wurde die Thematik Zwangsheirat, die auf der Bundesfrauenvorstandssitzung im November 2015 durch eine Pressekonferenz thematisiert werden sollte, besprochen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Sitzung war die Vorbereitung der im Anschluss an die GBFV-Sitzung stattfindenden Arbeitstagung zum Thema „Geschlechtersensibles Gesundheitsmanagement“.

Zu Beginn der vom **28. – 30.04.2015** in Fulda stattgefundenen **Arbeitstagung** informierte Elke Gündner-Ede die Teilnehmerinnen umfassend

- über den Ablauf der Tarifverhandlungen im ö.D., die Einsatzbelastungen der Polizei und die sich daraus ergebenden bundesweiten Aktionen,
- das Gesetzesvorhaben zur Schaffung einer Entgelttransparenz sowie
- über den EuroCop-Kongress im November 2015 in Dublin.

Nach einem Rückblick auf den Bundeskongress wurde über die Anträge, für die die Frauengruppe zuständig ist, beraten und die weitere Vorgehensweise vereinbart.

Mit einem sehr überzeugenden und kurzweiligen Referat von Sabrina Kunz, RP, zum Thema „Macht und Mikropolitik in Organisati-



Sabrina Kunz



onen“ und anschließender Diskussion endete der erste Tag der Arbeitstagung.

Im Rahmen der Bearbeitung des Antrages E 13 „Demografie



Bärbel Wedel, Katrin Dallmann

im Arbeitsleben“ wurde der zweite Tag der Arbeitstagung der Thematik „Geschlechtersensibles Gesundheitsmanagement“, gewidmet. Nach dem Referat von Jonas Asendorpf zu „Salutogener Führung“ erarbeiteten die Teilnehmerinnen in

zwei Workshops unter der Leitung von den GBFV-Mitgliedern Christiane Kern, BY, und Wilma Wäntig, MV die Forderungen der Frauengruppe zu salutogener Führung und die Kriterien eines geschlechtersensiblen Gesundheitsmanagements in der Polizei. Mit dieser Thematik beschäftigte sich in Folge eine AG, die erstmals Ende September 2015 in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin tagte.

Die Teilnehmerinnen wurden über die aktuellen Sachstände zur Arbeit in den AGs der Frauengruppe „Vereinbarkeit Beruf und Leben“ und „Menschenhandel und Zwangsprostitution“ unterrichtet. Der Start des neuen Personalentwicklungsprojektes im März 2015 sowie der geplante Start des Projektes „Führen in Teilzeit“ - ein Forschungsprojekt der

Hans-Böckler-Stiftung - waren ebenfalls Inhalt der Berichterstattung. Ausführlich hatten die Kolleginnen Gelegenheit, über ihre Situation, Aktionen, Personalratswahlen im eigenen Landesbezirk/Bezirk bzw. der Frauengruppe zu berichten.

Die **GBFV-Sitzung** fand **am 23./24.11.2015** im Vorfeld der Bundesfrauenvorstandssitzung und der Pressekonferenz zum Thema „Zwangsverheiratung“ statt. Somit lag ein Schwerpunkt der Sitzung bei der Vorbereitung auf diese beiden Themen.

Aus der AG „Vereinbarkeit Beruf und Leben“ konnte berichtet werden, dass der Leitfaden „Vereinbarkeit von Familie und Pflege für Tarifbeschäftigte“ im August 2015 in gedruckter Form an die Landesbezirke/Bezirke versandt wurde und der Ratgeber für Beamte/innen in Bearbeitung ist. Es wurde über die AG-Sitzung „Geschlechtersensibles Gesundheitsmanagement“, die im September 2015 stattgefunden hat, berichtet sowie über die Sachstände zu den Projekten „Personalentwicklungsprojekt“ und „Führen in Teilzeit“.

Der erste Tag der **BFV-Sitzung**, die in der Zeit **vom 24. - 26.11.2015** in der Bundesgeschäftsstelle in Hilden stattgefunden hat, war der Thematik „Zwangsverheiratung“ gewidmet.

Nach der Pressekonferenz zu diesem Thema fanden zwei Vorträge von Betroffenen und in diesem Deliktsbereich täti-



gen Kolleginnen statt. In Bearbeitung des Antrages D 26 vom letzten Bundeskongress wird die Frauengruppe eine Handlungsempfehlung für die in diesem Bereich tätigen Kollegen/innen erstellen.

Der zweite Tag der Sitzung fand in Form eines Teamtrainings „Wenn alles an mir zerrt - Selbstfürsorge im Alltag“ statt. Die Erkenntnis, was Stress und Konflikte auslösen und welche Selbstfürsorge wir im Alltag berücksichtigen sollten, wurden von den beiden Referentinnen in eindrucksvoller Form vorgestellt.

Die Kriterien für ein geschlechtersensibles Gesundheitsmanagement, Sachstände zu den Projekten der Frauengruppe, Aktivitäten und Termine waren Thema des dritten Sitzungstages. Breiten Raum nahmen die Berichte aus den Ländern/Bezirken und der informelle Austausch untereinander ein.

Zu Beginn des neuen Jahres tagte der **GBFV vom 01. - 02.02.2016** in der Bundesgeschäftsstelle in Hilden. Neben der inhaltlichen Vorbereitung der Gleichstellungstagung, die in der Zeit von 07. - 08.04.2016 in Berlin stattfinden sollte, wurde zum Stand der Projekte unterrichtet. Das Seminar „Schreibwerkstatt“ befand sich in Vorbereitung und sollte in der Zeit vom 24. – 26.10.2016 in Potsdam stattfinden. Als Referenten konnten Timo Günther vom DGB Bayern und Wolfgang Schönwald, Bundesgeschäftsstelle, gewonnen werden.

Erika Krause-Schöne berichtete aus der AG-Sitzung „Aufga-

benabgrenzung Bund/Länder“ an der sie als GBFV-Mitglied teilgenommen hat.

Zu den Vorbereitungen zum Internationalen Frauentag, der in Zusammenarbeit mit dem Landesbezirk Bayern am 8. März 2016 in München stattfand, berichtete Christiane Kern. Ebenfalls waren die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln Thema der Sitzung. Martina Filla gab einen Lagebericht von Seiten der GdP NW.

Am 1. Sitzungstag **06.04.2016** fand die **gemeinsame Sitzung des GBV und des GBFV** in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin statt. Der GBFV hatte im Vorfeld darum gebeten, den Sachstand über die aktuellen Arbeitsfelder des Bundesfachausschüsse und der Bundestarifkommission zu erhalten. Von Seiten des GBFV wurde über den Abschluss und den Erfolg des Personalentwicklungsprojektes sowie über die Fertigstellung des „Ratgebers für Beamtinnen und Beamte zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege“ berichtet.

Themen des zweiten Tages der

GBFV-Sitzung am 07.04.2016 waren der Internationale Frauentag, eine geplante Sitzung der AG „Vereinbarkeit Beruf und Leben“ mit dem Themenschwerpunkt „Altersarmut von



Christiane Kern, Eva Gottstein, Elke Gündner-Ede, Claudia Stamm, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dagmar Hölzl, Verena Osgyan



Im Anschluss an die GBFV-Sitzung fand die **Arbeitstagung der Frauengruppe (Bund) vom 30.11. - 01.12.2016** statt.



Eingeladen waren der Bundesfrauenvorstand, sowie deren Vertreterinnen aus den Landesbezirken/Bezirken. Den Auftakt bildete ein Referat zur Stellung der Frau in islamischen Kulturkreisen und den daraus resultierenden Konfliktpotentialen. Die Referentin, Frau Jaklin Chatschadorian, Rechtsanwältin in Köln und stellv. Vorsitzende im Integrationsrat der Stadt Köln, setzt sich u. a. für Flüchtlinge ein. Die Stellung der Frau im Islam, Zwangsverheiratung, Häusliche Gewalt, Vollverschleierung und Burkaverbot waren Themen dieses Referats und der anschließenden Diskussion, die

von Erika Krause-Schöne geleitet wurde. Ziel dieser Arbeitstagung war neben der gesellschaftspolitischen Information auch Schlüsse für den dienstlichen Alltag abzuleiten. Unter dem Tagesordnungspunkt „... ein Jahr nach Köln“ zog die Frauengruppe eine erste Bilanz. Den Teilnehmerinnen wurden Zahlen, Daten und Fakten zu der Silvesternacht zur Verfügung gestellt. Die Verschärfung des Strafrechts ist für die Frauengruppe (Bund) mit folgenden Forderungen verbunden:

- Personelle und materielle Ressourcen aufstocken

- Fachliche Fortbildung und Kompetenztraining, insbesondere interkulturelle Kompetenz, der Beschäftigten sowie der Führungskräfte
- Kein Rückzug von staatlichen Stellen aus der Integrationsarbeit
- Achtung unserer Werte - bei Nichtbeachtung unverzügliche Sanktionierung/Bestrafung
- Verhinderung bzw. Beseitigung von Parallelgesellschaften, keine „No-Go-Areas“
- Handlungsempfehlungen für alle Beschäftigten im Bereich der Polizei
- Objektive Berichterstattung nach innen und nach außen durch die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
- Keine Chance für Rassismus jeglichen Couleurs
- Zusammenarbeit von Lehrern und Polizei hinsichtlich der Vermittlung von Werten

Fazit der Teilnehmerinnen: Wir müssen unsere Frauen nicht nur schützen sondern stärken!

Es wurde beschlossen, dass der vorgenannte Forderungskatalog dem GdP-Bundesvorstand vorgelegt wird.



Weitere Themen der Arbeitstagung waren die Sachstände zu den Arbeitsgruppen, Projekten und die aktuellen Sachstände zum Mutterschutzgesetz und dem Entgelttransparenzgesetz. Ein vorläufiger Terminplan zur Bundesfrauenkonferenz 2018, der Themenrahmen und mögliche Ehren Gäste wurden beraten. Die Teilnehmerinnen berieten über die Auswahl möglicher Werbemittel mit dem Logo der Frauengruppe. Anschließend berichteten sie über aktuelles aus der Frauenarbeit in ihren Landesbezirken/Bezirken. Den Abschluss der Tagung bildete ein Referat zum Thema „ElterngeldPlus“, das von Meret Mathes, Projektkoordinatorin des DGB-Projektes „Vereinbarkeit Beruf und Familie gestalten“, gehalten wurde.

Arbeitstagung der Frauengruppe (Bund) vom 13. – 15.02.2017 in Berlin

Die relativ kurze Zeitspanne zwischen den beiden Arbeitstagungen war der Vorbereitung der Bundesfrauenkonferenz,

die vom 12. - 13. März 2018 in Potsdam stattfindet, geschuldet. Die Schwerpunkte der diesjährigen Arbeitstagung waren die Thematik „Altersarmut von Frauen“ und die Vorbereitung der bevorstehen-



Blick ins Plenum

den Bundesfrauenkonferenz 2018.

Zum Thema „Altersarmut von Frauen“ hatte die AG-Leiterin und stellv. Bundesfrauenvorsitzende, Martina Filla, eine Präsentation vorbereitet, die die Ursachen, die Problematik und die Forderungen der Frauengruppe beinhaltete. Diese Präsentation wurde allen Teilnehmerinnen zur Verfügung gestellt, um die Thematik in die Landes- und Bezirksfrauenvorstände zu transportieren. Unterstützt wurde der Vortrag durch die Vorstellung des DGB-Projektes „Was verdient die Frau? Wirtschaftliche Unabhängigkeit!“, das auch in den sozialen Medien wie Twitter, Facebook und im Internet (DGB und GdP) abrufbar ist. U. a. haben die DGB-Kolleginnen eine Toolbox für Interessenvertreter/innen ins Internet eingestellt.

Unter dem Fokus ihres Themenschwerpunktes „Digitalisierung 4.0“ entwickelten die Teilnehmerinnen in Kleingruppen ihr Motto für die nächste Bundesfrauenkonferenz. Einstimmig beschlossen sie das Motto **„Wir Frauen in der Cloud, kompetent und laut“**. Die vorläufigen Mandate, die Besetzung der Gremien, Gastrednerinnen und Gäste sowie Vorschläge für Referenten/innen wurden ebenso beraten und teilweise beschlossen wie die mögliche Form der Konferenz sowie das Rahmenprogramm. Großen Raum



Motto BFK Christiane Kern u. Beate Nieser



nahmen die Themen der Anträge und die Zuständigkeit der Antragsformulierung ein.

In Vorbereitung auf die vom 23. – 25.11.2017 in Berlin stattfindende DGB-Bundesfrauenkonferenz beschlossen die



Teilnehmerinnen über die sieben Mandate für die GdP, die von den Kolleginnen Dagmar Hölzl, BW, Martina Filla, NW, Erika Krause-Schöne, BP, Christiane Kern, BY, Wilma Wäntig, MV und Melanie Stutz, BKA sowie Elke Gündner-Ede, NI wahrgenom-

men werden sollen. Als Teilnehmerin des DGB Bundesfrauenausschusses wird Annette Terweide an der Konferenz teilnehmen. Für die Konferenzleitung hat sich Erika Krause-Schöne und für die Antragsberatungskommission Wilma Wäntig zur Verfügung gestellt.

Die zentrale Veranstaltung zum Internationalen Frauentag, zum Equal Pay Day sowie die Veranstaltungen zu diesen Themen in den LB/Bezirken wurden ebenso wie die aktuellen Sachstände zu Projekten, AGs und zum Mutterschutzgesetz und Entgelttransparenzgesetz vorgestellt.

Die alljährliche **gemeinsame Sitzung mit dem GBV** fand am **15.02.2017** in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin statt.

Themen waren die AG „Vereinbarkeit Beruf und Leben“, das Personalentwicklungsprojekt 2017, die Bundesfrauenkonferenz 2018, die geplanten Broschüren der Frauengruppe (Bund) sowie der polizeiliche Einzeldienst. Die GBV-Mitglieder berichteten über Aktuelles aus ihren Abteilungen.

Weitere Themen der **GBFV-Sitzung** waren am nächsten Tag **16.02.2017** die Nachbereitung der Arbeitstagung, die Sachstände zu den AGs und das neue Projekt zum Thema „Gleichstellungsarbeit bei der Polizei: Erfahrungen und Perspektiven“.

Die bevorstehende 7. Bundesfrauenkonferenz, war das Schwerpunktthema der **GBFV-Sitzung vom 12. - 13.06.2017** in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Der Ablauf der Konferenz, Gastredner/innen, das Rahmenprogramm u.v.m. konnte in der Sitzung präzisiert werden.

Die Anträge des Bundesfrauenvorstandes wurden besprochen und sollen rechtzeitig vor der nächsten GBFV-Sitzung im September vorliegen. Das Seminar für die Verhandlungsleitung wird vom 31.01. - 02.02.2018 in Berlin stattfinden. Weiterhin konnte die bevorstehende DGB-Bundesfrauenkonferenz, die Besetzung der Gremien und die Anträge der Frauengruppe der GdP besprochen werden. Erika Krause-Schöne wird abermals Mitglied der Verhandlungsleitung und Wilma Wäntig ist von Seiten der GdP Mitglied der Antragsberatungskommission. An der Podiumsdiskussion mit Reiner Hoffmann und den Vertreterinnen der Einzelgewerk-



schaften wird Elke Gündner-Ede teilnehmen. Die sieben Delegiertenmandate erhalten Elke Gündner-Ede, Martina Filla, Erika Krause-Schöne, Christiane Kern, Wilma Wäntig, Melanie Stutz (BKA) und Vera Koch (SL). Die geplanten Broschüren der Frauengruppe (Bund) „Vielfalt in der Arbeitswelt“ und „Altersarmut von Frauen“ sind fertig gestellt.

Die **GBFV-Sitzung vom 18. - 19.09.2017** stand im Zeichen der Vorbereitungen der 7. Bundesfrauenkonferenz, die in der Zeit vom 12. - 13.03.2018 in Potsdam stattfindet. Zwischenzeitlich haben das BMFSFJ, die stellv. Bundesvorsitzende des DGB, Elke Hannack und der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow ihre Teilnahme zugesagt, um ein Grußwort zu sprechen. Die stellv. Bundesfrauenvorsitzende Martina Filla, NW, wird nicht mehr für eine weitere Wahlperiode kandidieren. Der GBFV verständigt sich darauf, die Kollegin Julie Janetzko, NW, dem Bundesfrauenvorstand als Kandidatin vorzuschlagen. Weiterhin konnte die bevorstehende

DGB-Bundesfrauenkonferenz (23. – 25.11.2017), die Anträge der Frauengruppe der GdP und die am Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen geplante Pressekonzferenz besprochen werden. 2018 findet das



Jubiläum „100 Jahre Frauenwahlrecht“ in Deutschland statt. Um auf dieses Jubiläum aufmerksam zu machen, hat die Frauengruppe der Bundespolizei eine Grafikerin beauftragt, Motive für Postkarten zu kreieren. Die Postkarten können vielfältig in Einsatz gebracht werden – u. a. für den Internationalen Frauentag, Personalratswahlen oder die Wahlen der Gleichstellungsbeauftragten.

Auch die im Anschluss an die GBFV-Sitzung stattfindende **BFV-Sitzung 19. – 20.09.2017** stand im Zeichen der Vorbereitungen der 7. Bundesfrauenkonferenz.

Der Vorschlag des GBFV, Julie Janetzko, NW, als Kandidatin für den Geschäftsführenden Bundes-



frauenvorstand aufzustellen, wurde vom Bundesfrauenvorstand einstimmig angenommen. Der Bundesfrauenvorstand erhielt alle aktuellen Informationen zum Stand der Vorbereitungen zur BFK. Außerdem besprach der Bundesfrauenvorstand ihre an die 7. BFK zu richtenden Anträge und regte zum Teil noch letzte redaktionelle Überarbeitungen an. Den Teilnehmerinnen der BFV-Sitzung konnte die Endlosfaltkarte zum Thema „Altersarmut von Frauen“ präsentiert werden. Die Sachstände zum Personalentwicklungsprojekt und des Projektes „Gleichstellungsarbeit bei der Polizei“



waren ebenfalls Bestandteil der Beratungen. Die Kolleginnen wählten drei Motive für die Postkarten aus, die mit Forderungen versehen in der nächsten Zeit gedruckt werden sollen. Die BFV-Mitglieder berichteten über Aktuelles aus ihren Landes- und Bezirksfrauenvorständen.



1.2 Gleichstellungstagung am 7./8. April 2016

Mit 65 Gleichstellungsbeauftragten aus allen Bundesländern und den Bezirken sowie mit dem Bundesfrauenvorstand fand die 4. Gleichstellungstagung der Frauengruppe (Bund) in Berlin statt. Der



Bundesvorsitzende, Oliver Malchow, richtete ein Grußwort an die Kolleginnen und auch der stellv. Bundesvorsitzende Dietmar Schilff begleitete den 1. Sitzungstag dieser Tagung.

Den Teilnehmerinnen wurde ein inhaltliches sehr interessantes und interaktives Tagungsangebot unterbreitet. Der

erste Themenschwerpunkt „Reform der Gleichstellungsgesetze - Wohin geht die Reise?“ konnte wegen ihrer kurzfristigen Erkrankung nicht wie geplant durch die Referentin Inge Horstkötter ausgestaltet werden. Aber innerhalb weniger Stunden gelang es den Mitgliedern des Geschäftsführenden Bundesfrauenvorstandes Dagmar Hölzl, Martina Filla, Erika Krause-Schöne und Wilma Wäntig sich inhaltlich einzuarbeiten und in einem gemeinsam gehaltenen Referat umzusetzen. Die lockere Form des Vortrages fand bei den Anwesenden großen Anklang.



Die Ergebnisse aus der Studie „Führen in Teilzeit“, die von der Wissenschaftlerin Dr. Andrea Jochmann-Döll vorgestellt wurden, waren ein weiterer Themenschwerpunkt der Tagung.

Hierzu waren auch die Interviewteilnehmerinnen und -teilnehmer aus den Ländern und Bezirken eingeladen, um unmittelbar die Ergebnisse zu erfahren.

Eine gezielte Frauenförderung bei der Polizei kommt nach Überzeugung der Bundesfrauengruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ohne sinnvolle Modelle für Teilzeitarbeit



im Allgemeinen und in Führungsfunktionen nicht aus. Teilarbeit bei Führungskräften ist in den Polizeibehörden Deutschlands noch nicht weit verbreitet. Sie ist aber ein zu beachtender Faktor in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerade weil sie nach wie vor überwiegend von Frauen in Anspruch genommen wird. Vor diesem Hintergrund ist „Führen in Teilzeit“ gezielte Frauenförderung. Zu den Gästen der Tagung zählte u. a. Dr. Wolfgang Schulte von der Deutschen Hochschule der Polizei, der damit sein großes Interesse an den Ergebnissen der Studie zum Ausdruck brachte.

Mit dem Projekt AZOLA stellte Dr. Yvonne Lott, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut, die neue Studie zu „Arbeitszeitoptionen im Lebensverlauf“ vor. In dem anschließend stattfindenden Worldcafe diskutierten und erarbeiteten die Kolleginnen Handlungsmöglichkeiten zu den Themen

- Landes- und Bundesgleichstellungsgesetze
- Führen in Teilzeit
- Gleichstellungsbeauftragte und Gewerkschafterin - wie können wir voneinander profitieren?
- Hindernisse und Chancen von Teilzeit und Elternzeit

Am zweiten Tag wurden die Teilnehmerinnen von Holger Münch, BKA-Präsident, begrüßt. In seiner Rede erwies sich Münch als engagierter Verfechter der Frauenförderung in Führungspositionen und plädierte für Modelle, die eine

gute Vereinbarkeit von Beruflichem und Privatem flexibel ermöglichen. In seinem Grußwort appellierte er an die Verantwortlichen, dass die Führungskultur gestärkt werden müsse und darauf ausgelegt sein sollte, Familie und Beruf, Privatleben und Job in Einklang zu bringen.

Zum Abschluss der inhaltlich sehr intensiven Tagung hielt die frühere Bundesfrauenvorsitzende Marion Dix, Niedersachsen, einen Vortrag zum Thema „Strategische Gleichstellungspolitik“. Sie konnte den Gleichstellungsbeauftragten wichtige Impulse für ihre eigene Arbeit geben. Auch hier schloss sich ein intensiver Erfahrungsaustausch an.

Das Fazit der Veranstaltung lautete:
Die Schnecke Gleichberechtigung kriecht jedenfalls nicht rückwärts!



1.3 Arbeitsgruppen (AG)

1.3.1 AG Vereinbarkeit Beruf und Leben

Nach der 6. Bundesfrauenkonferenz 2014 hat die AG Vereinbarkeit erneut ihre Arbeit aufgenommen. Unter der bewährten Leitung der Stellv. Bundesfrauenvorsitzenden Martina Filla fand im Januar 2015 in der Bundesgeschäftsstelle in Hilden die erste Sitzung statt. Die AG - unter dem neuen



Namen „Vereinbarkeit Beruf und Leben“ - setzt sich aus den Kolleginnen Maria Plötz - BY, Gabriele Eienkel - SN, Sigrid Holschen - HB, Elke Oswald - HE und Dagmar Hölzl – BW zusammen. Die Ziele der AG waren schnell gesteckt und den gesellschaftlichen Entwicklungen geschuldet. Das am 1. Januar 2015 in Kraft getretene Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, das entsprechende Änderungen im Pflegezeitgesetz (PflegeZG) und dem Familienpflegezeitgesetz (FPfZG) vorsieht, wurde von den AG-Teilnehmerinnen in einem für die Kolleginnen und Kollegen verständlichen Leitfaden für Tarifbeschäftigte zusammengefasst. Insbesondere die Möglichkeiten der kurzzeitigen Arbeitsverhinderung und die Möglichkeiten einer länger andauernden Pflegesituation wurden in dieser Broschüre anschaulich dargestellt. Die Beantragung, die Auswirkungen auf das Arbeitsverhältnis, Sonderurlaub und Teilzeitarbeit sind Bestandteil dieses Leitfadens. Im Herbst 2015 war der Druck abgeschlossen und konnte an die Landesbezirke und Bezirke versandt werden. Bereits ein Jahr später war ein Nachdruck erforderlich, da sich dieser Leitfaden großer Beliebtheit erfreut.

https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/DE_Ratgeber-Vereinbarkeit-von-Beruf-und-PflegeA?open&ccm=100040050010

In einem zweiten Schritt wurden die beamtenrechtlichen

Regelungen der einzelnen Länder und des Bundes in einem „Ratgeber zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege für Beamtinnen und Beamte“ erstellt. Aufgrund der häufigen Aktualisierungen in den Beamtengesetzen wurde diese Broschüre nicht gedruckt sondern online an die Landesbezirke/Bezirke und den Bundesfrauenvorstand versandt. Dieser Ratgeber steht im Geschlossenen Mitgliederbereich auf der Homepage der Frauengruppe (Bund) zum Download bereit und wird bei Änderungen der beamtenrechtlichen Regelungen sukzessive aktualisiert.

[https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/res/E7F2870A7A6A6A8D-C1257F7600387477/\\$file/RatgeberBeamte.pdf](https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/res/E7F2870A7A6A6A8D-C1257F7600387477/$file/RatgeberBeamte.pdf)

Die Mitglieder der AG hatten sich zu Beginn ihrer Arbeit darauf verständigt, die Themenschwerpunkte Vereinbarkeit Beruf und Pflege und Altersarmut von Frauen zu bearbeiten. Nach Abschluss des ersten Themas

und Erstellung von Ratgebers trafen sich die Mitglieder der AG im Oktober 2016 in der Bundesgeschäftsstelle in Hilden um eine Analyse der Ursachen von Altersarmut und eine



Bestandsaufnahme hinsichtlich der Versorgung und Absicherung durch die gesetzliche Rente zu ermitteln. Hilfreich war dabei die Rentenkampagne des DGB. Es wurden Lösungsansätze erarbeitet und einige Forderungen finden sich in den Anträgen des Bundesfrauenvorstandes zur 7. Bundesfrauenkonferenz wieder. Der Bundesfrauenvorstand wurde in einer Arbeitstagung im Februar 2017 umfassend über diese Thematik informiert. Es wurde beschlossen, in Form einer Broschüre auf die gesellschaftspolitische Problematik der Altersarmut - insbesondere von Frauen - hinzuweisen. Vorab wurde den Landes- und Bezirksfrauenvorständen eine Power-Point-Präsentation zur Verfügung gestellt um auch in den Untergliederungen darauf hinzuweisen und zu sensibilisieren. Im September 2017 konnte dann der Flyer in einer sehr ansprechenden Faltechnik an die Landesbezirke/Bezirke und die Frauengruppen versandt werden.

1.3.2 AG Menschenhandel und Zwangsprostitution

Mit neuer Besetzung und hoher Kompetenz startete die AG im Juni 2014 in die neue Legislaturperiode. Die Stellv. Bundesfrauenvorsitzende Erika Krause-Schöne hatte abermals die Leitung dieser AG übernommen. Ihr zur Seite standen Dagmar Hölzl, Bundesfrauenvorsitzende, Judith Wolf, BW und Anne Kortleben, NI. Die beiden letztgenannten Kollegen waren in den entsprechenden Fachdezernaten tätig

und unterstützten die Arbeit der Frauengruppe fachkundig. In einem ersten Schritt wurde das Positionspapier der Frauengruppe (Bund) überarbeitet und die Straftatbestände im Zusammenhang mit Zwangsprostitution ermittelt. An dieser Sitzung nahm, neben Elke Gündner-Ede, auch der Bundesvorsitzende Oliver Malchow teil, da die Thematik mehr und mehr in den Fokus der GdP und der Öffentlichkeit rückte.

Die Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurde - auch auf Wunsch des BMFSFJ - wieder intensiviert. Frau Dr. Birgit Schweikert, BMFSFJ, war Gast der AG-Sitzung im Oktober 2014. Die Position der Frauengruppe (Bund) zum Referentenentwurf zum Prostituiertenschutzgesetz war u.a. ein Thema der Sitzung. Frau Dr. Schweikert informierte die AG-Teilnehmerinnen über den derzeitigen Ist-Stand seit der Expertenanhörung und stellte die Eckpunkte eines Gesetzes zum Schutz der in der Prostitution Tätigen vor. Zugleich bedankte sich Frau Dr. Schweikert für die jahrzehntelange kontinuierliche fach- und sachgerechte Zusammenarbeit mit der GdP.

Im Folgenden erstellten die AG-Teilnehmerinnen das Positionspapier „Menschenhandel und Zwangsprostitution“, das nach Rücksprache und Abstimmung mit dem Bundesfachausschuss Kripo im Juli 2015 vom GBV beschlossen wurde. Der Bundesvorstand stimmte im September 2015 dem Positionspapier zu. In der Folgezeit war die AG-Leiterin und Stellv. Bundesfrauenvorsitzende Erika Krause-Schöne in den



verschiedensten Expertenanhörungen vertreten und konnte die Kernforderungen der GdP vortragen:

- die bundesweite einheitliche Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten und die hierzu notwendigen Voraussetzungen,
- der Anzeige- und Anmeldepflicht von Prostitutionsausübung,
- die regelmäßigen ärztlichen Gesundheits- und Vorsorgeuntersuchungen,
- die Kondompflicht,
- dass auf Grund der gefahren geneigten Tätigkeit das Mindestalter für Prostituierte auf 21 Jahre festgelegt wird.

Leider konnte sich die Frauengruppe mit ihrer Forderung nach einem Prostitutionsverbot für unter 21-jährige nicht durchsetzen, jedoch muss sich dieser Personenkreis einer kürzeren Anmelde- und Beratungspflicht unterziehen.

Link zum Positionspapier „Handeln gegen Menschenhandel“:

[https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/res/6DD4C6F15A-545872C1257EC4002504D8/\\$file/PositionspapierMenschenhandelZwangsprostitutionStandJuni2015.pdf](https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/res/6DD4C6F15A-545872C1257EC4002504D8/$file/PositionspapierMenschenhandelZwangsprostitutionStandJuni2015.pdf)

Zu den späteren Anhörungen der sogenannten „Expertenrunden“ im Bundesfamilienministerium nahm Erika Krause-Schöne die Termine nicht nur für die Frauengruppe sondern für die Gesamtorganisation der GdP war. Mit der Erlaubnispflicht für die Betreiber von Bordellen und anderen

Prostitutionsstätten konnte eine langjährige Forderung der GdP in das neue Prostituiertenschutzgesetz, dass am 1. Juli 2017 in Kraft getreten ist, aufgenommen werden. Demnach muss jeder Betreiber eines Bordells oder einer anderen Prostitutionsstätte ein Betriebskonzept vorlegen, das einer Überprüfung unterzogen wird. Damit sollen menschenunwürdige Arbeitsbedingungen und ausbeuterische Geschäftskonzepte wie zum Beispiel Flatrate-Angebote, die der sexuellen Selbstbestimmung der Prostituierten zuwiderlaufen, ausgeschlossen werden. Einschlägig Vorbestrafter soll die Betriebserlaubnis für Prostitutionsstätten verweigert werden.

Strengere Auflagen sieht das Gesetz auch für Prostituierte vor. Sie müssen sich alle zwei Jahre bei einer Kommune anmelden und jedes Jahr eine Gesundheitsberatung absolvieren. Für 18- bis 21-jährige Prostituierte gelten eine jährliche Anmeldepflicht und eine halbjährliche Beratungspflicht. Das Gesetz sieht zudem eine Kondompflicht für Prostituierte und Freier und das Verbot von Werbung für Geschlechtsverkehr ohne Kondom vor. Bei Verstößen werden hohe Bußgelder verhängt. Das Gesetz unterstützt somit auch die polizeiliche Ermittlungsarbeit beim Bekämpfen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung.



1.3.3 AG Geschlechtersensibles Gesundheitsmanagement

Die erste Sitzung der neugegründeten AG fand unter der Federführung von Wilma Wäntig, MV und Christiane Kern, BY (Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesfrauenvorstandes) im September 2015 in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin statt. Die Kolleginnen Iris Schiffer, HE, Anne Strunk (früher Marquardt), NW, Melanie Stutz, BKA und Imke Kalus, SH hatten ihr Interesse an der Mitarbeit in der AG bekundet und nahmen – bis auf Imke Kalus, die dienstlich verhindert war - an dieser Sitzung teil. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Arbeitstagung, die im April 2015 in Fulda stattgefunden hat und in der die Kriterien für ein geschlechtersensibles Gesundheitsmanagement in der Polizei entwickelt wurden, konnten die AG-Teilnehmerinnen direkt in die inhaltliche Arbeit einsteigen. Ideen und Forderungen für den Arbeitsschutz während des Einsatzes und der Bereit-

stellung von ergonomischen, an den Bedürfnissen des Bewegungsapparates und des Alters angepassten Arbeitsmittel wurden zusammen getragen. Von den Teilnehmerinnen wurde festgestellt, dass die Be-



v. l.: I. Schiffer, W. Wäntig, Chr. Kern, M. Stutz, A. Marquardt

schäftigten dem Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) oft misstrauisch gegenüberstehen. Dieses könnte mit einem Arbeitspapier für Personalräte, das u. a. die häufigsten Fragen zum BEM und deren Antworten/Lösungen enthält, geklärt werden. Hier ist die Zuarbeit des Bundesfrauenvorstandes erforderlich. Bei der „Betrieblichen Gesundheitsförderung“ (BGF) sollen zielgruppenspezifische Angebote entwickelt werden. Hier sollten Angebote für prophylaktische Kuren und zur Stressbewältigung in den Fortbildungsangeboten aufgenommen werden. Flächendeckende Notfall- und Kriseninterventionsangebote und Schaffung von fördernden Rahmenbedingungen sowie die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Einzel- und Gruppensupervisionen als Standard gehören ebenso zum BGF. Zu der Thematik Salutogene Führung wurden gewerkschaftliche Forderungen entwickelt. Das Führungs- und Team-Feedback sollte ebenso wie ein Beurteilungskriterium zum Thema Gesundheitsmanagement erarbeitet werden. Anhand des Curriculum des Masterstudiengangs und der Curricula der Länder wird die Praktikabilität überprüft. In einem weiteren Schritt wird die Frauengruppe einen Vorschlag zur Definition „Gesundheitskompetenz in der Polizei“ unterbreiten.

Bei der Erarbeitung der Handreichung „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ waren die AG-Teilnehmerinnen beteiligt und die Rückmeldungen aus der AG fanden im We-



sentlichen Berücksichtigung. Mit der vorgenannten Veröffentlichung der Handreichung ist die Arbeit der AG beendet.

[https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/res/A5AA92C87294F1FC-C1258064002E0F6E/\\$file/2016%20Betriebliches%20Gesundheitsmanagement%20GdP%20Positionspapier%20BGM.pdf](https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/res/A5AA92C87294F1FC-C1258064002E0F6E/$file/2016%20Betriebliches%20Gesundheitsmanagement%20GdP%20Positionspapier%20BGM.pdf)

Wilma Wäntig ist Mitglied des Arbeitsausschusses der GdP (Bund).

1.3.3.1 Arbeitsschutzsymposium

Im Fokus des 5. Arbeitsschutzsymposiums standen „Psychische Belastungen am Arbeitsplatz und die Frage „Wie viel Arzt braucht die Polizei wirklich“. Von den vier Arbeitskreisen übernahm die Frauengruppe unter Leitung der GBFV-Mitglieder Christiane Kern und Wilma Wäntig den Arbeitskreis 2 „Unterschiedliche Auswirkungen psychischer Belastungen von Frauen und Männern am Arbeitsplatz“. Der Arbeitskreis konnte folgende Empfehlungen an das Plenum geben:

- Integration der Geschlechterperspektive bei Gefährdungsbeurteilungen und im Betrieblichen Gesundheits-



management unter Berücksichtigung

- gesundheitlicher Belastungen, die sich ergeben aus dem Spannungsfeld von Job, Karriere und Familie „Rushhour des Lebens“
- von Belastungen, die aus Geschlechtsrollenerwartungen resultieren
- emotionaler, psychischer Belastungen
- Diskriminierung als Stressfaktor
- allgemeiner Natur (u. a. Beurteilungspraxis, etc.)
- spezieller Natur (u. a. soziokulturell, sexuelle Belästigung, psychische Gewalt, etc.)
- von Belastungen im Kontext von Teilzeitarbeit
- Schaffung politischer Rahmenbedingungen für die Überprüfung des Arbeitsschutzes in der Polizei von außen durch unabhängige/staatliche Aufsichtsbehörden
- Schaffung von politischen Rahmenbedingungen zum Abbau des Mangels an Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit
- Gesetzliche Verankerung des Sozial- und Arbeitspsychologischen Dienstes
- Gesundheitsförderliche Führung seitens der Vorgesetzten

1.4 Internationaler Frauentag

Der Internationale Frauentag am 8. März wird von den Frauenverbänden und insbesondere von den Gewerk-



schaftsfrauen genutzt, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Frauengruppe (Bund) hat das Ziel, an diesem Tag die Landesfrauenvorstände zu unterstützen und diese bei Podiumsdiskussionen oder Aktionen zu begleiten. Unterstützt wird die GdP vom DGB, die zu bestimmten Themen Muster für Pressemitteilungen, Präsentationen, Plakate und das Logo zur Verfügung stellen.

1.4.1 8. März 2016 in München

Eine besondere Location bot der rote Salon im Café „Glockenspiel“ im Herzen von München. Eingeladen zu einem Frauenfrühstück anlässlich des Internationalen Frauentages hatte der Landesfrauenvorstand Bayern und die Frauen-



sitzende Peter Schall und der Vorsitzende der Direktions-

gruppe (Bund). Die frauenpolitischen Sprecherinnen der im Landtag vertretenen Parteien (CSU, SPD, Freie Wähler und Die Grünen), der Landesfrauenvorstand Bayern, Kolleginnen der Bundespolizei aus dem Raum München sowie der Landesvor-

sitzende Peter Schall und der Vorsitzende der Direktionsgruppe der Bundespolizei Wolfgang Strahberger waren dieser Einladung auch gerne gefolgt. Die aktuellen Themen „Frauen auf der Flucht, Gewalt gegen Frauen, eine Verschärfung des Sexualstrafrechts, Entgeltgleichheit und Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten“ wurden politisch als auch gewerkschaftspolitisch diskutiert. Die Politikerinnen waren sich in ihrer Einschätzung der Integrationsbereitschaft vieler Einwanderfamilien nicht ganz einig. Darüber, die Frauen in jeglicher Lage besser vor sexueller Gewalt und Übergriffen zu schützen, bestand dagegen kein Zweifel. Häusliche Gewalt ist schließlich kein Phänomen, das erst durch die Flüchtlingskrise entstanden ist, sondern auch in deutschen Familien vorkommt. Daran erinnerten auch die GdP-Frauen in ihren Statements. Zur Diskussion über eine Verschärfung des Sexualstrafrechts mahnten diese eine bessere Einhaltung der Gesetze durch die Justiz an. Auch in diesem Bereich ist ein gravierender Personalmangel zu spüren, da etliche Straftäter ungeschoren davonkommen, obwohl die Polizei die Straftäter ermittelt. Resümee der teilnehmenden Frauen, der Politikerinnen aber auch der Kollegen auf dieses interessante und konstruktive Frauen-Frühstück: „Das Thema Gewalt gegen Frauen kann nur mit gemeinsamen Anstrengungen von Politik, Gewerkschaften und anderen gesell-



Peter Schall



schaftlichen Gruppierungen eingedämmt werden.“ Die Bundesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl, die im Bundesvorstand für Frauen und Gleichstellungspolitik zuständige Elke Gündner-Ede sowie die bayerische Landesfrauenvorsitzende Christiane Kern wiesen neben der Flüchtlingssituation aber auch auf die mitunter schwierige Situation der Frauen im Berufsalltag hin. Frauen arbeiteten langfristig in Teilzeit, bekämen weniger Entgelt und sind aufgrund niedriger Renten durchschnittlich weitaus höher von Altersarmut betroffen. Sie appellierten an die Politik und an die Wirtschaft daran mitzuwirken, dass Betreuungsaufgaben gleichmäßig verteilt werden können und Frauen wegen niedrigerer Arbeitszeit nicht benachteiligt werden.

1.4.2 8. März 2017 in Mainz

Die Frauengruppe aus Rheinland-Pfalz war 2017 Ausrichter der zentralen Veranstaltung in der Aula der Bereitschaftspolizei in Mainz. Zwei Schwerpunktthemen standen

im Mittelpunkt der Veranstaltung: „30 Jahre Frauen in der Schutzpolizei Rheinland-Pfalz“ und „Gewalt gegen Polizeibeamte“. Der Landesvorsitzende



Gruppenfoto im Foyer

Ernst Scharbach, der Leiter der Bereitschaftspolizei Karl-Heinz Maron und Elke Gündner-Ede, für Frauen- und Gleichstellungspolitik zuständiges GBV-Mitglied, sprachen ein Grußwort. Der Abteilungsleiter im Innenministerium hielt in seiner Rede einen Rückblick auf drei Jahrzehnte Frauen in der Schutzpolizei in Rheinland-Pfalz. Das Thema „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen“ erläuterte Dr. Hedda Holzauer, LKA. Gemischte Streifen können manchmal auch zum Schutz für ihre Kollegen werden, so eine Aussage von Hedda Holzauer. Eine Einsatztrainerin berichtete von ihren persönlichen Gewalterfahrungen, die sie zusammen mit ihrem Streifenpartner erlebt hatte. An der Podiumsdiskussion zu den Themen Gleichstellung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Gewalt gegen Polizeibeamtinnen, nahmen neben der rheinland-pfälzischen Familienministerin Anne Spiegel, die Bundesfrauenvorsitzenden Dagmar Hölzl und Ernst Scharbach auf dem Podium platz. Moderiert wurde die Diskussionsrunde von der stellvertretenden Landesvorsitzenden Sabrina Kunz. Beim Thema Integration und Akzeptanz der Gleichberechtigung waren sich die Ministerin und die Bundesfrauenvorsitzende einig: „Die Gleichberechtigung von Frauen in Deutschland ist nicht verhandelbar und wer hier leben will, muss das akzeptieren“.



Podiumsdiskussion



1.5 Politische Gespräche/Anhörungen

1.5.1 Gespräch im Bundesverteidigungsministerium (BMV) zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Am 20. Mai 2014 nahmen die Bundesfrauenvorsitzende, Dagmar Hölzl und der Leiter der Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der GdP Rüdiger Holecek, an einem Gespräch im Bundesverteidigungsministerium teil. Die Thematik „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ war auch im Bundes-

verteidigungsministerium mehr und mehr in den Mittelpunkt gerückt und so konnte die Frauengruppe wertvolle Hinweise und Anregungen bezüglich einer dienstlichen Umsetzung geben. Sabine Bastek, für Vereinbarkeitsfragen zuständige Referatsleiterin im BMV,

zeigte sich hocherfreut über die GdP-Broschüre zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die die Bundesfrauenvorsitzende ihr überreichte.

1.5.2 Anhörung im Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes

Am 12. Juni 2014 fand im Bundesfamilienministerium

(BMFSFJ) die erste Anhörung zu dem o. g. Thema statt, an dem die AG-Leiterin und Stellv. Bundesfrauenvorsitzende, Erika Krause-Schöne, teilnahm. Thema der Anhörung war die gesetzliche Regulierung von Prostitution mit dem Ziel, auf die Arbeitsbedingungen für Menschen in der Prostitution Einfluss zu nehmen. Im Vorfeld wurden die Positionen der Frauengruppe zum „Gesetz zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes“ in einem Anhörungsbogen erstellt und dem Fachausschuss Kripo übersandt. So konnte dem BMFSFJ eine gemeinsame Stellungnahme überreicht werden. Der Großteil der eingeladenen Experten forderte ein Gesetz zum Schutz der in der legalen Prostitution Tätigen zu schaffen - ein Prostituiertenschutzgesetz. Mit diesem Gesetz, unter dem alle Erscheinungsformen der gewerblichen Erbringung sexueller Dienstleistungen zu subsumieren sind, wird die legale Prostitution erfasst und geschützt. Die Kriminalität in der Prostitution, wie der Menschenhandel, Gewalt und Ausbeutung von Prostituierten und Zuhälterei können dann wirksamer bekämpft werden.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Umsetzung der Opferchutzrichtlinie/Bekämpfung von Menschenhandel 2011/36 EU des Europäischen Parlaments und des Rates im nationalen Recht (Ratifizierung). Damit ist die Chance gegeben, eine systematische Reform des Strafrechtes in den zu regelnden Straftatbeständen ganzheitlich in den verschiedenen Ebenen vorzunehmen.

In der Folgezeit nahm Erika Krause-Schöne an den verschiedensten Veranstaltungen im BMFSFJ, KOK (Koordinierungs-



Dagmar Hölzl, Fregattenkapitän
Richter, Sabine Bastek



kreis gegen Menschenhandel), Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros u.v.m. teil. Im Nachgang kann resümiert werden, dass das Prostituiertenschutzgesetz ein Schritt gegen Fremdbestimmung und Ausbeutung in diesem Gewerbe ist.

1.5.3 Gespräch über die politischen Vorhaben der Bundesregierung zur Entgeltgleichheit von Frauen und Männern

Zu einem Austausch über die im Koalitionsvertrag festgelegten Inhalte des geplanten Gesetzes zur Entgeltgleichheit hatte das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) den DGB und Vertreterinnen und Vertreter der Einzelgewerkschaften im März 2015 eingeladen. Für die GdP hat Elke Gündner-Ede, zuständiges GBV-Mitglied für die Abt. Frauen- und Gleichstellungspolitik, an dieser und allen nachfolgenden Veranstaltung teilgenommen. Aus gewerkschaftlicher Sicht wurden insbesondere folgende Punkte diskutiert:

- die Abkopplung von Betrieben unter 500 Beschäftigte von der Berichtspflicht;
- die fehlende Einbeziehung des öffentlichen Dienstes (einschließlich der Beamtinnen und Beamten) in die vorgesehene gesetzliche Regelung;
- die Erweiterung des Verbandsklagerechtes nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) auch für den Bereich des öffentlichen Dienstes (Personalrat oder ver-

tretene Gewerkschaft) um Verstöße gegen den Grundsatz der Entgeltgleichheit zu ahnden.

- Verpflichtung zur Anwendung geeigneter Instrumente zur Überprüfung und ggf. Beseitigung unmittelbarer und mittelbarer Entgeltdiskriminierung für Betriebe und Dienststellen

Zu den Themen Erwerbsbeteiligung, Beschäftigungsformen, Wiedereinstieg und staatliche Rahmenbedingungen sowie Verantwortung der öffentlichen Hand wurden nachfolgend Dialogforen eingerichtet, deren Ziel eine geschlechtsneutrale Entgeltpraxis ist. Beteiligt daran waren Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitgeberverbände, der Einzelgewerkschaften, dem DGB und dem einladenden Vertreter des BMFSFJ. In einem vom BMFSFJ vorgelegten Diskussionspapier „Erwerbsbeteiligung und Beschäftigungsformen“ wurden die beruflichen Einkommensperspektiven und Chancen für Frauen im Lebenslauf betrachtet. In den fünf ineinander greifenden Handlungsfeldern: Infrastruktur, partnerschaftliche Vereinbarkeit, Fehlanreize, Unternehmen/ Personalwirtschaft, Digitalisierung geht es darum, die beruflichen Chancen in Teilzeitbeschäftigung zu erhöhen, Möglichkeiten für Vollzeit oder vollzeitnahe Beschäftigung zu verbessern und die Risiken in den Erwerbsbiografien zu minimieren. Im September 2016 fand ein Dialogforum mit dem Themenschwerpunkt „Öffentlicher Dienst“ statt. In zwei Diskussionsrunden wurden die Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen im Öffentlichen Dienst - unter



Ausklammerung der tariflichen Regelungen - thematisiert und Ansatzpunkte, die zu Diskriminierungen führen können, herausgearbeitet. Seitens der GdP wurde in diesem Zusammenhang die Situation der Beamtinnen thematisiert und die durch die GdP angestoßene Studie der HBS zum Thema „Beurteilungen im Polizeidienst“, die die Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten belegt, angesprochen. Die Vorbildfunktion des Öffentlichen Dienstes in Bezug auf diskriminierungsfreie Einkommensbedingungen sowohl im Tarif- als auch im Beamtenbereich wurde angesprochen. Im Juli 2017 tagte letztmalig in der laufenden Bundestagswahlperiode der Steuerungskreis zum Dialogprozess Entgeltgleichheit und zog eine Bilanz.

Die Auffassungen der Gewerkschaften und der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände standen sich teilweise diametral gegenüber. Das einzige sichtbare Ergebnis dieser auf die Legislaturperiode begrenzten Arbeit ist das zum Juli 2017 in Kraft getretene Entgelttransparenzgesetz, dass durch die Diskussion in Teilbereichen beeinflusst werden konnte.

Aber auch in diesem Gesetz sind die Ziele der Gewerkschaften insbesondere im Hinblick darauf, dass erst Unternehmen ab einer Betriebsgröße von mehr als 200 Beschäftigten in den Geltungsbereich des Gesetzes gelangen, nicht erfüllt. So muss dieser Sachstand als Zwischenziel auf dem Weg zu einer echten Transparenz für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bewertet werden. Nach Auffassung aller Be-

teiligten sollte auch weiterhin ein Dialog zwischen den Sozialpartnern und Wirtschaftsverbänden mit dem BMFSFJ stattfinden. Wünschenswert wäre dabei aber eine höhere Ergebnisorientierung.

1.6 Newsletter der Frauengruppe (Bund)

Seit 2006 gibt es den Newsletter der Frauengruppe (Bund), der sich zunehmender Beliebtheit erfreut. Versehen mit zahlreichen Link-Tipps bietet er Informationen zur Frauen- und Gleichstellungspolitik, zur Frauengruppe (Bund), zu den Landesfrauen- und Bezirksfrauengruppen, aktuelles zur Vereinbarkeit Beruf, Familie und Pflege, Informationen zu Projekten der Frauengruppe u. v. m. Nach jeder Ausgabe wächst der Bezieherkreis. Der Newsletter erscheint meist dreimal jährlich in digitaler Form und wird per Mail versandt. Alle bisherigen Ausgaben stehen auf der Homepage der Frauengruppe (Bund) im Geschlossenen Mitgliederbereich zum Download bereit.



1.7 Pressekonferenzen „Nein zu Gewalt gegen Frauen“

Im Jahre 1999 wurde von der UN der 25. November zum Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen erklärt. Anlässlich dieses Tages führt die Frauengruppe (Bund) seit mehreren Jahren Pressekonferenzen durch, um das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen. Im Jahr 2001 hat TERRE DES FEMMES eine Fahne kreiert, um ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen. Seither wehen die Fahnen und Banner jedes Jahr! Zahlreiche Frauenbeauftragte, Verbände und Ministerien greifen die Aktion auf und tragen sie weiter.

1.7.1 Pressekonferenz am 24.11.2015



v. l.: PK Fulya Kurun, Dagmar Hölzl, Elke Gündner-Ede

Mit dem Antrag D 26 hat der Ordentliche Bundeskongress 2014 den Antrag des Vorstandes der Frauengruppe „Bekämpfung von Zwangsheirat“ angenommen. Anlässlich des internationalen „Tag gegen

Gewalt gegen Frauen“ fand in

der Bundesgeschäftsstelle in Hilden eine Pressekonferenz zu diesem Thema statt. Zwangsverheiratung ist eine beson-

dere Form der häuslichen Gewalt und eine Menschenrechtsverletzung, gegen die nachdrücklich vorgegangen werden muss. Neben Elke Gündner-Ede, Dagmar Hölzl und Rüdiger Holecek stand eine praxiserfahrene GdP-Kollegin der Polizeidirektion Hannover den Pressevertreterin/innen Rede und Antwort. Der Bundesfrauenvorstand nahm in Gänze an dieser Veranstaltung teil.

1.7.2 Pressekonferenz am 25.11.2016

Die zunehmende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten war Thema dieser Pressekonferenz. Medienvertreterinnen und -vertreter der Zeitungen, Radiosender und des Fernsehens waren in die Bundesgeschäftsstelle in Berlin eingeladen, um in der Pressekonferenz mehr über die hohe Aggressions- und Gewaltbereitschaft, Respektlosigkeit und fehlende Achtung gegenüber Polizistinnen und Polizisten zu erfahren. Erhebungen zufolge wurden mehr als 80 Prozent der Kolleginnen und Kollegen in ihrem Berufsleben bereits beschimpft, beleidigt oder verbal bedroht. Inzwischen kommt es bei Einsätzen häufig vor, dass Menschen aus muslimisch geprägten Ländern - hier vor allem Männer - grundsätzlich das Gespräch mit einer Polizeibeamtin verweigern.

Erika Krause-Schöne, stellvertretende GdP-Bundesfrauenvorsitzende stellte fest, dass die zunehmende Respektlosigkeit, die fehlende Achtung und ein Nichtakzeptieren von



Werten, nicht nur bei Jugendlichen und Heranwachsenden, sondern auch bei Erwachsenen feststellbar sei. „Unsere Kolleginnen sind Tag und Nacht für ihren Auftrag, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, im Einsatz und werden dabei immer öfter selbst Opfer von Gewalt“, betonte Elke Gündner-Ede, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes und zuständig für Frauen- und Gleichstellungspolitik. Den Fragen der Journalisten stellten sich Elke Gündner-Ede, Dagmar Hölzl und Erika Krause-Schöne. Moderiert wurde die Pressekonferenz von Rüdiger Holecek. Im Anschluss daran stellte sich Erika Krause-Schöne den Journalisten auch für einen Beitrag im Fernsehen zur Verfügung.

1.7.3 Pressekonferenz am 24.11.2017 in Berlin

Im Rahmen der DGB-Bundesfrauenkonferenz luden der DGB, die GdP und die NGG (Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten) zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen

ein. Die stellv. DGB-Vorsitzende Elke Hannack kritisierte die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und das deren Beseitigung ein Teil „Guter Arbeit“, die

die Gewerkschaften gestalten wollen, sei. Für die GdP-Frauen nahm die stellv. Bundesfrauenvorsitzende Erika Krause-Schöne an der Pressekonferenz teil und betonte vor Journalisten, dass sich sexualisierte Gewalt auch negativ auf die berufliche Situation auswirkt. Eine scharfe Trennung und Negierung der Verantwortung für die private Situation der Beschäftigten löst das Problem keinesfalls. Strafrechtlich relevante Problemlagen wie häusliche Gewalt oder Stalking führen nicht selten zu einem Leistungsabfall im beruflichen Kontext und verschärfen so die Gesamtsituation der Opfer. Arbeitgeber und Interessenvertretungen sollten in Bezug auf dieses gesamtgesellschaftliche Problem sensibilisiert werden, um im Ernstfall auf entsprechende Hilfsangebote und rechtliche Möglichkeiten aufmerksam machen zu können. Erika Krause-Schöne forderte einen Rechtsanspruch auf sofortigen Schutz und Hilfe für alle Opfer häuslicher Gewalt. Damit der Verantwortung von Seiten der Polizei Rechnung getragen werden kann, forderte sie, dass je nach Größe der Dienststelle und deren Bereich Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in ausreichender Anzahl vorzusehen sind, die insbesondere Delikte dieses Phänomenbereichs „Häusliche Gewalt“ bearbeiten, für Beratungen und als Kontakt für Behörden und anderer in diesem Bereich unterstützenden Institutionen zur Verfügung stehen.



v. l.: Erika Krause-Schöne, Birgit Pitsch, Elke Hannack, Jan Piegsa



1.8 Handlungsempfehlung gegen Zwangsheirat und Frühehen

Auf dem 25. Ordentliche Bundeskongress 2014 wurde der Antrag der Frauengruppe (Bund) angenommen, der besagt, dass „die Bekämpfung der Zwangsheirat vorangetrieben wird und die polizeiliche Prävention sich verstärkt mit dem Thema Zwangsheirat auseinandersetzt. Entsprechende Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen sind anzubieten.“

Zwangsverheiratungen stellen schwere Verletzungen der Menschenrechte dar und verstoßen zugleich gegen internationales und nationales Recht aller europäischen Staaten. Eine Zwangsverheiratung liegt dann vor, wenn die Betroffenen sich zur Ehe gezwungen fühlen und entweder mit ihrer Weigerung kein Gehör finden oder es nicht wagen, sich zu widersetzen, weil Eltern, Familie, Verlobte und Schwiegereltern mit den unterschiedlichsten Mitteln versuchen, Druck auf sie auszuüben.

In der folgenden Zeit wurde dieses Thema in den GBFV-Sitzungen besprochen und eine Handlungshilfe erarbeitet, die neben den juristischen Aspekten auch die Forderungen der Frauengruppe (Bund) enthält. Neben der Gewährleistung einer zeitnahen Hilfe für Opfer, einer Lobby-, Aufklärungs-, Sensibilisierungs- und Präventionsarbeit, der Gewährleistung des Schutzes der Opfer im Zuge eines Opferschutzprogramms fand in dieser Handlungshilfe auch die Sorge

rechtsproblematik und das Aufenthaltsrecht Beachtung. Ein weiterer wichtiger Punkt dieser Handlungsempfehlung war die Information zu Frühehen, die zum damaligen Zeitpunkt auch noch in Deutschland möglich waren. Im Juni 2017 hat der Deutsche Bundestag ein Gesetz zur Bekämpfung von Frühehen verabschiedet, das Betroffene besser schützen soll und das Mindestheiratsalter in Deutschland auf 18 Jahre ohne Ausnahme festlegt.

1.9 „Nur ein Handschlag“

Hinter dieser Überschrift verbirgt sich ein Vorfall in Rheinland-Pfalz, bei dem eine Polizeikollegin ihrem muslimischen Polizeikollegen per Handschlag zu seiner Beförderung gratulieren wollte und dieser ihr den Handschlag aus religiösen Gründen verweigert. Dieser Vorfall löst nicht nur in den Medien großes Interesse aus sondern stellt auch die Frauen in der Polizei vor die Frage: „Wie reagieren wir als Frauengruppe der Gewerkschaft der Polizei darauf?“ Kulturelle Vielfalt ist in der Polizei sehr wertvoll, dabei gilt zu beachten, dass grundgesetzlich garantierte Werte und Umgangsformen einzuhalten sind! „Insbesondere die über Jahrzehnte mühsam erkämpfte Gleichberechtigung der Frau ist in diesem Zusammenhang nicht verhandelbar!“, so die Bundesfrauenvorsitzender Dagmar Hölzl in einem Kommentar in der DEUSCHE POLIZEI Ausgabe Oktober 2017. Im Zuge dessen fordert die Frauengruppe für die Polizei Seminare



für interkulturelle Kompetenz sowohl für die Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund, wie auch für deutsche Kolleginnen und Kollegen. Es muss für beide Seiten klar sein, auf welcher Grundlage der Polizeidienst und das Arbeiten bei der Polizei basieren.

1.10 Werbemittel der Frauengruppe



Das neue Corporate Design und der Umstand, dass die Werbemittel die im Jahre 2012 gekauft wurden, vergriffen waren, machten eine Neuauflage erforderlich. Die möglichen Werbemittel insbesondere die neue Farbe „magenta“ wurde dem Bundesfrauenvorstand in einer Sitzung vorgestellt und

die Option eingeräumt, dass die Werbemittel wieder als Sammelbestellung für alle Landes- und Bezirksfrauengruppen sowie die Frauengruppe (Bund) bei der OSG bestellt werden können. Hiervon wurde redlich Gebrauch gemacht, so dass die meisten Landes- und Bezirksfrauenvorstände über ansprechende neue Werbemittel verfügen. Seit April 2017 kommen diese zum Einsatz.

1.11 Seminar „Schreibwerkstatt“

Eine langgehegter Wunsch und Forderung der Frauengruppe konnte in dem Zeitraum vom 24. - 26.10.2016 umgesetzt werden. In



Potsdam trafen sich 17 Kolleginnen aus fast allen Landesbezirken/Bezirken um an dem Seminar mit dem Titel „Frau beißt Hund - den Leser auch mal überraschen“ teilzunehmen. „Wie schreibe ich einen Artikel, der beim Leser/in Interesse weckt.“ Diesem Anspruch konnten die beiden Referenten Wolfgang Schönwald, Abt. Öffentlichkeitsarbeit der GdP und Timo Günther, Journalist der IGMetall Bayern den Teilnehmerinnen vermitteln. Neben einem theoretischen Teil, setzten die Kolleginnen das Erlernte an praktischen Beispielen um.

1.12 Evangelischer Kirchentag

1.12.1 Evangelischer Kirchentag vom 3. - 6. Juni 2015 in Stuttgart

Der Cannstatter Wasen, das große Stuttgarter Festgelände, war Austragungsort des Kirchentages. Auch die GdP war



drei Tage mit einem Stand auf dem Wasen vertreten. Betreut wurde er von einem Team aus JUNGE GRUPPE und Frauengruppe. Die Veranstaltung bot eine gute Gelegenheit

den Wunsch nach einer en-

geren Zusammenarbeit der beiden Personengruppen mit Leben zu erfüllen.

Mehr als hunderttausend Menschen haben als Dauergäste am Kirchentag in Stuttgart teil-

genommen. Auf dem Kir-

chentag werden Debatten geführt, die in unserer Gesellschaft zu wenig geführt werden. Sie bringen Menschen zusammen, die sonst wenig miteinander zu tun haben. Es wird gesellschaftspolitisch über die Wege zu einer friedlichen Welt diskutiert, über eine gerechte globale Ordnung und über ethische Fragen rund um Leben und Tod. Die Polizei- und Militärseelsorge hatte dabei genauso ihren Platz, wie alle großen Parteien und der DGB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften.

Der GdP-Stand war an allen drei Tagen gut frequentiert und es wurde eine Reihe von Gesprächen mit den Besucherinnen und Besuchern geführt. Viele Standbesucherinnen kamen aus sozialen Einrichtungen oder hatten einen ent-

sprechenden beruflichen Hintergrund und stellten Fragen zum Themenkomplex „Häusliche Gewalt“ und das polizeiliche Einschreiten oder waren auch selbst akut von häuslicher Gewalt betroffen.

Es wurde aber auch kritisch über die Rolle der Polizei diskutiert.

Prominente Gäste wie Christine Lieberknecht, ehemalige Ministerpräsidentin von Thüringen, der damalige Bundesinnenminister Heiko Maas und auch der DGB-Bundesvorsitzende Reiner Hoffmann nahmen sich Zeit, um sich über Fachthemen zu informieren.

1.12.2 Evangelischer Kirchentag vom 25. - 27.05.2017 in Berlin

Zum zweiten Mal beteiligte sich die Frauengruppe an dem traditionell von der JUNGE GRUPPE betreuten GdP-Stand. Erstmals war auch die Seniorengruppe vertreten, so dass alle Personengruppen den Besucherinnen und Besuchern je nach Fragestellung als kompetente Gesprächspartnerinnen und -partner zur Verfügung standen. Viele Besucher nahmen sich die Zeit, intensive Gespräche zu führen, Fragen zu stellen und zu diskutieren. Die GdP-Broschüren fanden reißenden Absatz wie auch die kleinen give-aways. Ein beson-



v. l.: Dagmar Hölzl, Kurt Beck, Elke Gündner-Ede, Christoph Möring



GdP-Team mit Kirchentagsbesucherin



derer Anziehungspunkt am GdP-Stand bot für die Kinder und Jugendlichen - aber auch den ein oder anderen Erwachsenen - die Ausstellung eines Polizei(kinder)ausweises mit eigenem Konterfei. Viele Fragen nach Einstellungsbedingungen und Ablauf der Ausbildung wurden gestellt. Polizeikolleginnen und -kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet, die als Besucher/-innen auf dem Kirchentag waren, konnten am GdP-Stand begrüßt werden.



2. Projekte der Frauengruppe (Bund)



2.1 Personalentwicklungsprojekt 2015

Nach dem sehr erfolgreich durchgeführten Mentoring-Projekt 2012/2013, hat die Frauengruppe (Bund) ein Personalentwicklungsprojekt bei der Walter-Hesselbach-Stiftung beantragt, das auch bewilligt wurde. Mit zwölf Kolleginnen aus sechs Landesbezirken sowie den Bezirken BKA und der Bundespolizei startete das Personalentwicklungsprojekt am 25./26. März 2015 in der Bundesgeschäftsstelle in Hilden. Das Ziel des Projektes: aktive, ehrenamtliche Kolleginnen auf die zukünftige Übernahme von Führungspositionen in der Frauengruppe oder anderen Funktionen in der GdP vorzubereiten, war auch diesmal wieder erfolgreich. Die Kolle-

ginnen erhielten das Rüstzeug und detailliertes Wissen über Aufbau und Funktion der GdP, zur Kommunikation, zum Netzwerken u.v.m. Der von der Soziologin Manuela Rukavina, NPK Stuttgart, geleitete Auftaktworkshop beschäftigte sich mit den Grundlagen der GdP-Arbeit, aber auch mit Themen wie „Spiegelneuronen“, Menschen in Veränderungsprozessen und Stress. Der dreitägige Zwischenworkshop fand im Oktober 2015 in Hannover statt. Die Teilnehmerinnen hatten sich für diesen Workshop die Themen Kommunikation,



Manuela Rukavina

Rollenverhalten und Stress gewünscht. Anhand von bestimmten Methoden und mittels einer „Kollegialen Beratung“ konnten Lösungen für Konflikte aufgezeigt werden. Mit dem im März 2016 in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin stattfindenden 3. Workshop fand das Projekt seinen Abschluss. Hier konnten die Teilnehmerinnen noch einmal einen bunten Strauß an Methoden und Tipps erfahren und ausprobieren. Es wurde über Embodiment (Wechselwirkungen von Körper und Psyche verstehen und nutzen) und Power-Posing (Selbstbewusstsein durch Körperhaltung) diskutiert und das Thema „Netzwerkbildung“ durch einen Besuch beim DGB-Bundesvorstand in die Praxis umgesetzt. Beim DGB wurde die Gruppe mit den DGB-Strukturen vertraut gemacht und über aktuelle Projekte informiert.



Viel Freude beim PE-Projekt

2.2 Personalentwicklungsprojekt 2017

Im Januar 2017 startete das neue Personalentwicklungsprojekt abermals mit finanzieller Unterstützung der Walter-Hesselbach-Stiftung. Auch für dieses Projekt konnten zwölf Kolleginnen gewonnen werden, die sich auf künftige Funktionen in der GdP vorbereiten möchten bzw. diese schon innehaben. Die Soziologin Manuela Rukavina konnte



auch für dieses Projekt gewonnen werden. Mit den besten Wünschen der Teilnehmerinnen des letzten Projektes galt es auch diesmal, den Kolleginnen das erforderliche Rüstzeug an die Hand zu geben, sie zu stärken und zu fördern. Es bestand der Wunsch, die GdP-Strukturen besser zu verstehen, Informationen über die GdP- und Frauenarbeit zu erhalten und Netzwerke zu gründen. Auch diese Teilnehmerinnen sind wie die vorherige Gruppe bestens über die sozialen Medien vernetzt. Der Zwischenworkshop fand in der Zeit vom 16. – 18.10.2017 in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin statt. Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow übernahm die Begrüßung der zwölf Teilnehmerinnen und sprach ihnen seine Wertschätzung dafür aus, dass sie sich künftig in die Gewerkschaftsarbeit einbringen werden. Mit einer Vielzahl an Methoden, Themen wie Macht und Herrschaft, Stressbewältigung und der kollegialen Beratung startete die Referentin Manuela Rukavina den dreitägigen Workshop. Der Besuch der DGB-Bundesvorstandsverwaltung

und die Präsentation von Anja Weusthoff zur Struktur des DGB waren für die Kolleginnen höchst interessant. Auch dieser Programmpunkt hat sich zwischenzeitlich bewährt. Motiviert und mit



Besuch beim DGB

vielen neuen Erkenntnissen wollen die Teilnehmerinnen alles Erlernte in den nächsten Monaten umsetzen um dann beim Abschlussworkshop Ende Januar 2018 zu berichten und Resümee zu ziehen.

2.3 Projekt „Führen in Teilzeit“

Das von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) finanzierte Projekt ging im Sommer 2015 an den Start. Intention des - mit der Wissenschaftlerin Dr. Andrea Jochmann-Döll konzipierten - Projektes war, dass Teilzeitarbeit eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist. Dies gilt grundsätzlich für Männer wie für Frauen; faktisch ist Teilzeitarbeit jedoch überwiegend ein Erwerbsmodell, das von Frauen praktiziert wird. In Führungspositionen sind Teilzeitmodelle jedoch eher selten vertreten. Die Gründe werden darin gesehen, dass vielfach immer noch nur eine „überlange Arbeitszeit als Aufstiegsleiter“ gilt und Teilzeitarbeit bei Führungskräften demnach als Hemmnis für eine weitere Karriere angesehen wird. „Führung in Teilzeit“ wird von vielen Personalverantwortlichen und Führungskräften selbst mit großer Skepsis betrachtet oder gar für unmöglich gehalten, obwohl auch Arbeitgeber durch effizientes Arbeitsverhal-



v. l.: Dr. Andrea Jochmann Döll, Dagmar Hölzl, Elke Gündner-Ede



ten, hohe Motivation und Zufriedenheit, Verkürzung unproduktiver Arbeitsphasen und Arbeitsausfälle sowie gesunkene Fluktuationskosten durchaus von ihr profitieren könnten. Darüber hinaus könnten Teilzeitmodelle für Führungskräfte nicht nur den vielfach geforderten Wandel der Arbeits(zeit)kultur in Unternehmen und Behörden unterstützen, sondern auch einen Beitrag zu größerer Chancengleichheit beim Zugang von Frauen und Männern zu Führungspositionen und zur Erhöhung des Anteils von Frauen an Führungskräften leisten.

Die Innenministerien und Gleichstellungsbeauftragten erhielten einen Datenerhebungsbogen mit der Bitte, die Fragen zu Wünschen nach Teilzeit, Umsetzung, Umfang der Teilzeit, Teilzeitarbeitsmodelle, Beweggründe für und gegen Teilzeit bei Führungskräften zu beantworten. In einem nächsten Schritt wurden die Personalverantwortlichen, der

Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte und die in Teilzeit tätigen Führungskräfte persönlich interviewt um die Gründe für Teilzeit zu erfragen, welche Teilzeitmodelle angewandt werden, der Umgang mit Problemen, die Lösungen als auch die Re-



Dr. Andrea Jochmann-Döll
u. Oliver Malchow

aktionen aus dem dienstlichen Umfeld. Insgesamt nahmen zwölf Länderpolizeien und das Bundeskriminalamt teil. Das Ergebnis dieses Projektes wurde auf der Gleichstellungstagung der Frauengruppe (Bund) vorgestellt. Fazit ist, dass Teilzeitarbeit bei Führungskräften in der Polizei noch nicht weit verbreitet, aber prinzipiell möglich ist. Den höchsten Anteil an Führungskräften in Teilzeit haben das Bundeskriminalamt mit 7,4 Prozent, Schleswig-Holstein mit 5,8 Prozent (einschließlich Stellvertretungen) und Niedersachsen mit 3,5 Prozent. Der Durchschnitt aller beteiligten Polizeibereiche beträgt 3,1 Prozent. Damit liegt der Polizeidienst hierzulande im Jahr 2014/2015 insgesamt noch unter dem für 2009 ermittelten deutschen Durchschnitt von 5 Prozent. Der nachstehende Link führt zu der Studie, die auf der Homepage der Frauengruppe (Bund) unter Projekte zu finden ist.

http://www.boeckler.de/pdf/p_study_hbs_317.pdf

2.4 Projekt „Gleichstellungsarbeit bei der Polizei: Erfahrungen und Perspektiven“

Auch dieses Projekt der Frauengruppe (Bund) kann mit finanzieller Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und der wissenschaftlichen Begleitung durch Dr. Andrea Jochmann-Döll durchgeführt werden. Im September 2017 fiel der Startschuss. In einem ersten Schritt wurden die be-



teiligten Ministerien angeschrieben und gebeten, das Projekt zu unterstützen. Ebenfalls wurden die Gleichstellungsbeauftragten aus den ausgewählten Ländern und der Bundespolizei, die Mitglied der GdP sind, angeschrieben, auf das Projekt aufmerksam gemacht und ermuntert, sich als Interviewpartnerinnen zur Verfügung zu stellen. Das Projekt hat das Ziel, Erfolgsfaktoren und Hemmnisse der Gleichstellungsarbeit zu analysieren. Die zentrale Leitfrage lautet: Wie kann Gleichstellungsarbeit bei der Polizei zukünftig (noch) wirkungsvoller und durchsetzungsstärker gestaltet werden? Die Interviews finden zwischen Dezember 2017 und Januar 2018 statt. Die Ergebnisse werden im Frühjahr 2018 vorgestellt.





3. Geschäftsberichte der Landes- und Bezirksfrauengruppen 2014 - 2018

Stand: September 2017



Landesfrauengruppe Baden-Württemberg

Das Jahr 2014 war für den Landesfrauenvorstand von Baden-Württemberg sehr ereignisreich. Zum einen galt es die zum 01.01.2014 umgesetzte Polizeireform mit Leben zu erfüllen und den Kolleginnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Weiterhin stand das Jahr 2014 unter dem Motto Vor- und Nachbereitung der Bundesfrauenkonferenz. Außerdem fanden im Herbst noch die Personalratswahlen statt, bei welcher die GdP eine ziemliche Niederlage einfahren musste.

Das Jahr 2015 war davon geprägt die anstehende Landesfrauenkonferenz vorzubereiten. Zahlreiche Angehörige des Landesfrauenvorstandes schieden aus ihrem Amt aus, deshalb stand vor allem die Nachwuchsgewinnung im Vorder-

grund, damit die Arbeit des Landesfrauenvorstandes weiter geführt werden kann. Außerdem startete das Personalentwicklungsprojekt der GdP Bund.

Am 20.01.2016 fand in Stuttgart die Landesfrauenkonferenz unter dem Motto

„Starke Frauen – Starke Zukunft“ statt. Im Rahmen der Konferenz wurden die Kolleginnen Dagmar Hölzl, Nicole Minge, Judith Wolf, Annette Arnold, Nadine Friedl, Simone Stauder, Cordula Ludwig-Martin und Judith Kümmerle-Heck in den Landesfrauenvorstand gewählt.

Des Weiteren galt es über Anträge zu beraten, aber auch sich intensiv mit dem Thema Gewalt gegenüber Frauen (Silvesternacht in Köln) zu beschäftigen. Die GdP-Frauen hatten sich sowohl auf Landes- wie auch auf Bundesebene vehement für die Einführung eines eigenen Paragraphen eingesetzt, damit Frauen in Zukunft besser vor sexuellen Übergriffen geschützt würden. Weitere Themen, mit welchen sich der Landesfrauenvorstand seit der letzten Bundesfrauenkonferenz auseinander gesetzt hatte, waren unter anderem:

- Gewalt gegen Frauen
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Gleichstellung im alltäglichen Dienst zwischen Mann und Frau
- Novellierung des Chancengleichheitsgesetz
- Beurteilungsproblematik für Frauen im Polizeivollzugsdienst
- Forderung nach unterhältiger Teilzeitbeschäftigung für Beamtinnen und Beamte nach der Elternzeit
- Besserstellung von Tarifbeschäftigten
- Führen in Teilzeit



Und es gibt zudem Erfreuliches mitzuteilen: in einem der letzten Berichtszeiträume forderte der Landesfrauenvorstand unter seiner damaligen Vorsitzenden und der heutigen Bundesfrauenvorsitzenden Dagmar Hölzl, die umfangreiche Entlastung der Beauftragten für Chancengleichheit von anderen dienstlichen Aufgaben. Durch die Polizeistrukturereform 2014 und das 2017 novellierte Chancengleichheitsgesetzes können mittlerweile alle Kolleginnen ihre Aufgaben unter dieser Entlastung wahrnehmen.

Landesfrauengruppe Bayern

5. Landesfrauenkonferenz vom 16. bis 17. Oktober 2014 in Augsburg unter dem Motto „Frauen - mittendrin statt nur dabei“



Am 16./17. Oktober 2014 fand im Haus St. Ulrich in Augsburg die 5. Landesfrauenkonferenz der GdP Bayern statt. Die bereits zwei Amtszeiten amtierende Landesfrauenvorsitzende Christiane Kern von der BG München wurde bei den Neuwahlen von den knapp 50 stimmberechtigten Delegierten für eine weitere Amtszeit gewählt. Als Stellvertreterinnen wurden ihr Maria Plötz, BG

Niederbayern, und Angelika Moosburger, BG Oberbayern Nord, zur Seite gestellt. Ins Amt der Schriftführerin wurde Evelyn Klüglein gewählt, neuer Finanzvorstand der Landesfrauengruppe wird die leider bei der LFK dienstlich verhinderte Kollegin Daniela Wagner von der BG Bereitschaftspolizei.

Neben den Neuwahlen berieten die Delegierten über 24 Anträge, in denen es u.a. um betriebliche Rahmenbedingungen der Arbeit der Frauen in der Polizei, behördliches Gesundheitsmanagement, bessere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder sowie Fort- und Weiterbildung ging. Nach diesem anstrengenden ersten Tag bot die niederbayerische Kabarettistin Michaela Hafner mit ihrem Programm „Ois Guade, Opa“ den weiblichen Gästen abends eine willkommene Abwechslung, bei der mehr als einmal herzlich gelacht werden durfte.

Der zweite Konferenztag startete mit einem Vortrag zur Flexibilisierung der Arbeitszeit von der Referentin Hanna Wolf vom DGB-Projekt „Vereinbarkeit von Beruf und Familie gestalten!“. Sie zeigte auf, wie sich Brüche im lebenslangen Arbeitsalltag auf unterschiedlichste Weise auf das Privatleben und die Arbeits-



zeit anpassen und wie sich Arbeitszeit auf verschiedenste Art und Weise den Bedürfnissen des Arbeitgebers, aber auch der Familie anpassen lässt.

Als Gäste konnten wir begrüßen: Dirk Wurm, Ordnungsreferent Stadt Augsburg, Polizeivizepräsidentin Petra Sandles, Dr. Verena DiPasquale, stv. Landesvorsitzende DGB Bayern, Dagmar Hölzl, GdP-Bundesfrauenvorsitzende, Helmut Bahr, GdP-Landesvorsitzender Bayern

Einladung der SPD-Fraktion im Bayer. Landtag anlässlich 25 Jahre „Frauen in der Schutzpolizei“



Eine Delegation von Frauen der ersten Stunde (März 1990) wurde vom SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bayer. Landtag, Markus Rinderspacher, am 02.03.2015 in den Bayer. Landtag eingeladen. Dazu gab es nicht nur eine passende Geburtstagstorte, sondern auch viele Themen rund um das Thema „Frauen und Gleichstellung in der Polizei“.

Aktionen im „Frauenmonat März“ 08.03.2016, 10.00 – 12.00 Uhr

Frauenpolitisches Frühstück im „Roten Salon“ des Cafe Glockenspiel in München
Thema: Gewalt gegen Polizistinnen

Gäste: Dagmar Hölzl, Elke Gündner-Ede, Annette Terweide (Vertreterinnen Bundesfrauengruppe), frauenpolitische Sprecherinnen der Landtagsfraktionen: Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU), Verena Osgyan u. Claudia Stamm (Grüne), Eva Gottstein (Freie Wähler), Kolleginnen der GdP Landesfrauengruppe und Kolleginnen der Bundespolizei (Direktionsgruppe Bayern)

08.03.2017, 10.00 – 12.00 Uhr

Frauenpolitisches Frühstück im „Roten Salon“ des Cafe Glockenspiel in München
Thema: Frauen und Karriere in der Bayerischen Polizei
Gäste: Polizeivizepräsidentin Petra Sandles, stellv. DGB-Vorsitzende Bayern Dr. Verena Di Pasquale, Leiterin der Gleichstellungsstelle Landeshauptstadt München Nicole Lassal, frauenpolitische Sprecherinnen der Landtagsfraktionen: Ingrid Heckner (CSU), Dr. Simone Strohmayer (SPD), Verena Osgyan (Grüne), Eva Gottstein (Freie Wähler)



Aktionstag „Equal Pay Day“ (EPD) – Teilnahme mit den DGB-Frauen in München

Im Rahmen des EPD hat sich in München ein breites Bündnis gebildet. Jedes Jahr gibt es hierzu eine Veranstaltung auf dem Marienplatz. Die GdP-Frauen beteiligen sich solidarisch an den Aktionen.

Frauenseminare

- Seminar **„Zeitmanagement“ – Sei die Kapitänin deines Lebens** vom 2. bis 4. November 2015 in Augsburg
Seminarinhalt: Finden der eigenen Balance, um Beruf, Familie und ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit besser zu vereinbaren.
Referentin: Karina Amann, freiberufliche Trainerin
Seminarleiterin: Christiane Kern, Vorsitzende Landesfrauengruppe
- Seminar **„Dienstsport für die Seele“** – Kooperationsseminar mit der ev. Polizeiseelsorge vom 10. bis 12. Mai 2017 in der Oase Steinerskirchen (Kloster)
Seminarinhalt: einfach mal die Seele baumeln lassen mit Gesprächsrunden, Yoga und Entspannungstechniken
Referentinnen: Sybille Jatzko und Hilda Schneider (Gesprächsrunden), Sandra Zellner und Herbert Lehner (Yoga und Entspannungstechniken)
Seminarleiterin: Maria Plötz, stellv. Vorsitzende Landesfrauengruppe

DGB Frauen

1. Frauengipfel der DGB Frauen Bayern am 19.03.2016

Der Frauengipfel hatte zum Ziel, sich damit auseinandersetzen, wie weit es in Bayern in Sachen Gleichstellung schon gekommen sind, welche Hürden Frauen überwinden müssen und welche Maßnahmen in die falsche Richtung gehen. Erstmals wird der DGB-Bezirksfrauenausschuss im Rahmen dieses Gipfeltreffens einen Un-Gleichstellungspreis verleihen: Die „Schwarze Petra“.



Der Preis wurde an das Bayer. Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration vergeben. Der Preis wurde nicht persönlich entgegen genommen.

Gäste waren: Renate Schmidt, BMin a.D.; Christine Strobl, 3. Bürgermeisterin der LH München; Vertreterinnen der Gleichstellungsstellen aus Kommunen und Ministerien, Vertreterinnen der Mitgliedsgewerkschaften und der bayrischen Frauenverbände



DGB-Bezirksfrauenkonferenz vom 19. bis 20. Mai 2017 in Bamberg

Die 20. Bezirksfrauenkonferenz des DGB Bayern, die vom 19. bis 20. Mai 2017 in Bamberg stattfand, stand unter dem Motto „Zeit“. Die rund 60 Delegierten aus ganz Bayern und geladene Gäste diskutierten darüber, welche Anforderungen an die Gestaltung von Arbeitszeiten aus der Perspektive der Beschäftigten bestehen. Delegierte der GdP-Landesfrauengruppe: Maria Plötz, Daniela Wagner, Petra Hochholzer, Julia Holzheid und Katharina Bier.

Im Rahmen der Konferenz wurde der 2. Un-Gleichstellungspreis an den Radiosender „RADIO GALAXY Ingolstadt“ verliehen für seine sexistische Werbekampagne. Zum Hintergrund: Der Preisträger hat für Frauen ab 21 Jahren einen „Traumbusen“ verlost, damit diese „ihr körperliches Defizit“ beheben können. In Zusammenarbeit mit einem ortsansässigen Chirurgen sollte eine Brustvergrößerung im Wert von 5.000 Euro an „defizitäre Hörerinnen“ gehen. Der Preis konnte auch in diesem Fall nicht persönlich übergeben werden.

Weitere Aktivitäten:

Novellierung des Bayer. Gleichstellungsgesetzes – Arbeitsgruppe unter Federführung von Martha Büllsbach, Frauensekretärin DGB Bayern, mit Gleichstellungsbeauftragten aus Kommunen und Ministerien sowie Vertreterinnen der

ÖD-Gewerkschaften verdi, GEW und GdP (Christiane Kern und Maria Plötz).

Landesfrauengruppe Berlin

Tätigkeitsbericht der Landesfrauengruppe GdP-Berlin für den Zeitraum 2013 bis 2017

Der Landesfrauenvorstand Berlin setzt sich derzeit aus 19 Kolleginnen der Polizei sowie des LABO zusammen.

Um unserer Frauenarbeit mehr Gewicht zu verleihen, wurde auf dem Landesdelegiertentag 2014 beschlossen, die Umwandlung des bisherigen Fachausschusses Frauen in Landesfrauengruppe Berlin bis zum nächsten Delegiertentag 2018 zu vollziehen. Wir haben uns seitdem verstärkt der Erarbeitung des Satzungs- und Richtlinienentwurfs zur Implementierung der Landesfrauengruppe Berlin gewidmet, was u.a. auch Gegenstand unserer Klausurtagung 2014 war.

Weitere Themen, mit denen wir uns beschäftigt haben als Kurzübersicht:

- Erhöhung des Frauenanteils in den Beschäftigtenvertretungen
- bessere Aufstiegschancen durch zielgerichtete Eigeninitiativen von Frauen
- Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt in der GdP



- unfreiwillige Teilzeit von Tarifbeschäftigten - daraus resultierend drohende Altersarmut
- gerechte Eingruppierung und gezielte Förderung von Tarifbeschäftigten und
- Verwaltungsbeamtinnen/Leistungsbeurteilungen für Tarifbeschäftigte der Polizei (pro & contra)
- Neugestaltung unserer Homepage der Landesfrauen-
gruppe / Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung der Werbekampagne zu den Wahlen der
Beschäftigtenvertretungen
- Gleichberechtigung / Gleichstellung in allen
Lebensbereichen
- Vorsorgevollmacht / Möglichkeiten der Informationsbe-
schaffung über Pflegestützpunkte

Auswertung Wahlen der Frauenvertreterinnen 2012 und 2016

Im Zuge unserer Auswertung der 2012 erfolgten Wahlen zu den Beschäftigtenvertretungen im LABO sowie in der Polizei, bemängelten wir, dass der gewerkschaftliche Fokus hauptsächlich auf die Personalratswahlen gerichtet war, während den Wahlen der örtlichen Frauenvertreterinnen und Stellvertreterinnen sowie der Gesamtfrauenvertreterin Gesamtfrauenvertreterin kaum Beachtung und Unterstützung zuteil wurde. Per Antrag zum Landesdelegiertentag 2014 forderten wir erfolgreich für künftige Wahlen die gleiche gewerkschaftliche Unterstützung, wie bei

Personalratswahlen.

Hieraus resultierte eine gezielte, frühzeitige Ansprache potenzieller Kandidatinnen durch alle Bezirksgruppenvorsitzenden, wodurch 2015 weitere engagierte GdP-Kolleginnen aus unterschiedlichsten Arbeitsbereichen für eine Mitarbeit in unserer Frauengruppe gewonnen werden konnten.

15 Kolleginnen unserer Gruppe setzten sich bei den zurückliegenden Wahlen 2016 der Frauenvertreterinnen und ihrer Stellvertreterinnen erfolgreich durch. Weitere Mitglieder der Frauengruppe fungieren als Personalrätinnen und bekleiden nun für 4 Jahre das von ihnen angestrebte Amt in der Polizei sowie im LABO.

Ausblick

Die Behandlung nachstehender Themen ist den Kolleginnen unserer Frauengruppe besonders wichtig, weshalb wir uns zukünftig hiermit eingehender befassen werden:

- Polizeiberuf für Frauen attraktiver machen/Strategien zur Anwerbung entwickeln
- Flexiblere Arbeitszeitmodelle anregen und einfordern/
Familienfreundlicher Arbeitgeber



- Gleichstellung der in Teilzeit beschäftigten Kolleginnen und Kollegen mit den Vollzeitbeschäftigten (gleiche Akzeptanz, Beurteilung, Förderung)
- Gewalt gegen Polizistinnen und aggressives Verhalten im Publikumsbereich
- Frauengesundheit bei multiplen Anforderungen (Beruf, Haushalt, Kinder, Pflege, Ehrenamt)

*Nadja Bundukji-Huber
Vors. Landesfrauengruppe*

Landesfrauengruppe Brandenburg

Folgende Themen beschäftigten uns im o.g. Zeitraum:

Vereinbarkeit von Beruf und Familie/Pflege

Seit Schließung der Rahmendienstvereinbarung Beruf und Familie/Pflege zwischen dem Innenministerium und P-HPR sind viele familienfreundliche Maßnahmen in den Dienststellen, wie Errichtung Eltern-Kind-Zimmer, Link Service zum Thema im Intranet der Landespolizei oder die Vereinbarung zwischen FHPOL und der Stadt Oranienburg für Bildungsteilnehmer Kita Plätze bereitzuhalten.

Eine 2013 - 2014 durchgeführte Mitarbeiterbefragung in der Polizei des Landes Brandenburg, an der jede/jeder Bedienstete der Polizei zum Thema Vereinbarkeit Beruf und Familie/Pflege teilnehmen konnte, brachte klare Ergeb-

nisse, dass der größte Handlungsbedarf bei der Arbeitsortflexibilisierung liegt. Weite Fahrtwege vom Wohnort zum Dienstort bzw. Retoure erschweren es familiäre und berufliche Pflichten, Erziehungs- und Pflegeaufgaben mit den dienstlichen Erfordernissen in Einklang zu bringen. Beispielsgebend ist die 2014 geschlossene Dienstvereinbarung an der FHPOL des Landes Brandenburg. Wenn dienstliche Belange nicht entgegenstehen, ist es möglich, die Arbeitsaufgaben von zu Hause oder in einer anderen Dienststelle zu versehen.

Gesundheitsmanagement und Seminarangebot der Frauengruppe zu frauenrelevanten Themen in Zusammenarbeit mit dem GdP Bildungswerk

In Zusammenarbeit mit dem GdP Bildungswerk und der GdP Frauengruppe wurden jährlich Seminare zu frauenspezifischen Themen durchgeführt. Dieser jährliche Seminartermin erfreute sich großer Resonanz bei den Damen. So begannen wir in einem Seminar „Frauen in der GdP“ Gesundheitsmanagement bewusst umzusetzen. Vorträge zum Bluthochdruck vom Polizeiarzt Dr. Forner, gefolgt von der Polizeipsychologin Frau Reher zu Themen wie Stressverhalten, Entspannungsmöglichkeiten und das Näherbringen ihrer täglichen Arbeit verschafften uns interessante Einblicke. Alle Theorieteile wurden vom Arbeitsbereich der FHPOL Gesundheitsmanagement/Sport durch Jan Schröder und



Ralf Lechler mit schweißtreibenden Aktivsportprogrammen gestaltet. Gymnastik, Rückenschule „Frauen zeigen Kreuz“, Nordic Walking und AROHA lockerten die Theorieanteile sehr bewegungsintensiv auf. Abgerundet wurde das Seminar mit einem Vortrag zu bewusster Ernährung.

Ein weiterer Höhepunkt unserer Seminarplanung war das Thema Gleichstellung. Engagiert brachte uns Frau Dr. Feth, Referentin vom Landesministerium, die Inhalte und deren Auslegung am Beispiel wie Frauen und Männer „ticken“ näher. Die Landesgleichstellungsbeauftragte Frau von der Lippe gab über ihren beruflichen Werdegang und ihre derzeitige Arbeit Auskunft und bot

uns ihre Unterstützung hinsichtlich Gleichstellungsfragen an. Frau Reher vom ZDPOL erläuterte die Aufgaben des Polizeiärztlichen Dienstes und machte Ausführungen zu Stress mit anschließender Anwendung

von Stressbewältigungsmethoden. Für 2017 wird ein Seminar zum Thema Öffentliches Dienstrecht vorbereitet, welches im November durchgeführt wird.



Einige Teilnehmerinnen des Gleichstellungsseminars 2016

Personalentwicklung für GdP Frauen, Mentoring Programme GdP Bildungswerk Landesbezirk Brandenburg, GdP Frauengruppe (Bund), GdP (Bund)

Zu den auf Landesebene und Bundesebene angebotenen GdP- Personalentwicklungsprogrammen nahmen interessierte Frauen unserer Frauengruppe, als auch Frauen anderer Kreisgruppen teil. So konnte im letzten Jahr eine Kollegin den Vorsitz einer Kreisgruppe übernehmen.

Die GdP Frauengruppe führte zum Thema Personalentwicklung einen Workshop mit bereits in PE-Projekten befindlichen Frauen durch, um dem Thema innerhalb der Frauengruppe Nachdruck zu verleihen.

Um Aufgaben im Landesvorstand zu übernehmen bedarf es der Möglichkeit und Chance diese auch mit den dienstlichen Interessen zu vereinbaren. Natürlich ist es nicht machbar bei anhaltendem Personalabbau in der Landespolizei gewerkschaftliche Arbeit aufrecht zu erhalten, wenn diese im Ehrenamt erfolgt.

Internationaler Frauentag

Der Internationale Frauentag wird jährlich in den einzelnen Organisationseinheiten der Landespolizei von engagierten Frauen mit verschiedenen Events für Frauen würdevoll gestaltet und begangen.



Kontakte zu Frauengruppen des DGB und seiner Mitgliedgewerkschaften

Termine zur DGB Bezirksfrauenkonferenz Berlin/Brandenburg, außerordentlicher Landesdelegiertentag, SPD Sommerfest, Gespräche mit Vertreterinnen der Landesregierung und Frauenvertreterinnen, sowie Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrates wurden durch die Frauen der GdP Frauengruppe abgesichert. Zur Demo am 27.06.2017 anlässlich des Sommerfestes der Landesregierung war die Frauengruppe vertreten.

Stefanie Baselt

Landesfrauengruppe Bremen

Das kleine Bundesland an der Weser

Bremen-Bremerhaven

Das Land Bremen hat viel zu bieten und einiges, was andere Länder nicht haben. Unser

Land besteht aus der Stadt Bremen und der Seestadt Bremerhaven. Diese beiden Städte sind zudem räumlich getrennt. Außerdem haben wir mit der Ortspolizeibehörde Bremerhaven die ein-



zige kommunale Polizei Deutschlands. Der rege polizeiliche Austausch findet nicht nur auf offizieller Ebene sondern auch über die GdP statt.

In unserer Landesfrauengruppe sind drei Kolleginnen der Schwesterstadt Bremerhaven im Vorstand bzw. im Beirat. Wir GdP-Frauen des Vorstandes sind seit drei Legislaturperioden effektiv für die Kolleginnen des Landesbezirkes tätig. Motivierend für uns ist, was wir in den letzten Jahren für die Kolleginnen erreicht haben. Ein Beispiel ist die Einführung der Telearbeit in die Alltagsorganisation der Polizei Bremen. Nach mehr als zwei Jahren war dieser Kraftakt dank eines starken Netzwerkes geschafft. Der „Einsatz“ hat sich gelohnt.

Aktiv arbeiten wir auf kommunaler Ebene in der Flüchtlingspolitik mit, um die Integration von Frauen in Bezug auf Gleichberechtigung zu fördern.

Unsere enge Zusammenarbeit mit dem DGB führte dazu, dass unser „Summerspecial“, zu dem immer Frauen mit besonderen Tätigkeiten innerhalb der Polizei eingeladen wurden, vom DGB übernommen worden ist und dort unter dem Motto „Starke Frauen - Spannende Berufe“ fungiert. Wir sind nicht nur im DGB vertreten, sondern auch im Bremer Frauenrat aktiv.

Besonders beliebt sind die dreitägigen Frauenseminare an der Nordseeküste. Neben gewerkschaftlichen Themen reizen besonders interessante Angebote wie z. B. Gesundheit,



die Arbeit der Polizei in außereuropäischen Ländern, die Gewinnung von Musliminnen für die Polizei etc. die Kolleginnen motivieren, an diesen Seminaren teilzunehmen. Wir hoffen, dass diese kurze Information Interesse an dem kleinen Bundesland an der Weser geweckt hat. Ihr seid jederzeit herzlich willkommen!

Bezirksfrauengruppe Bundespolizei

Bezirksfrauenkonferenz „Dem Ziel ein Stück näher...“ 17.-19.09.2013

Insgesamt 14 Anträge sowie die Empfehlungen, die von den Delegierten beschlossen wurden, waren der Arbeitsauftrag für uns seit der 4. Bezirksfrauenkonferenz. Dabei stand vor

allem die Personalentwicklung in Bundespolizei, Zoll und dem BAG im Vordergrund, die sich an den Lebensphasen der Menschen und ihren Bedürfnissen auch jenseits des Berufes (Familie, Kindererziehung, Pflege) orientieren

müsse. Darüber hinaus wurden Anträge zu Rente, Pflegezeiten, Recht auf Kinderbetreuung, Wohnungsfürsorge und



Verbesserungen im Tarifbereich beraten und beschlossen. Während des weiteren Verlaufs der Konferenz beschäftigte man sich in vier Arbeitsgruppen mit der konkreten Ausgestaltung dieser Forderungen. Rund um die Themenfelder „Aktionsplan zur Gleichstellung“, „Beurteilungsgerechtigkeit“, „Mehr Menschlichkeit“ und „Verbesserung der Einsatzbedingungen“ berieten die Frauen über Verbesserungsbedarfe und beschlossen konkrete Maßnahmenforderungen. Damit ist der neue geschäftsführende Bezirksfrauenvorstand mit großen Aufgaben gestartet.

Sitzungen des Bezirksfrauengruppenvorstandes

Bei allen Sitzungen und Veranstaltungen der Frauengruppe Bezirk Bundespolizei luden wir politische Gesprächspartnerinnen hinzu, um so unsere Forderungen auch in den politischen Raum zu tragen. Ein sehr gern gesehener Gast war und ist die MdB Susanne Mittag, die insbesondere für unsere „Frauennöte“ immer ein offenes Ohr hatte.



Frauenseminare

Im Rahmen des Seminars „Frauen aktiv in der GdP“ wird über Frauenförderung und den Einstieg in gewerkschaft-



liche und personalrätliche Funktionen speziell für weibliche GdP-Mitglieder referiert. Es wurde über aktuelle Entwicklungen und Studien zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, geschlechtergerechte Beurteilung und Chancengleichheit (nicht nur von Frauen und Männern, sondern auch von Voll- und Teilzeitbeschäftigten) referiert. Außerdem



setzen Gastreferenten

Akzente: Martin Schilff,

Vorsitzender des Bezirkspersonalrates, erläuterte aktuelle Aufgabenfelder in der Personalratsarbeit und Kai Abeln, Schwerbehindertenvertreter im Bundespolizeipräsidium, erläuterte die Arbeit der Schwerbehindertenvertretungen

und animierte dazu, sich in diesem Themenfeld zu engagieren. Begeistert zeigten sich die Frauen auch von der „Gelbe Hand“-Kampagne gegen Rassismus, die sie sofort bereit waren, mit einem eigenen Foto zu unterstützen.



Am 15. und 16. März 2016 fand der inzwischen dritte Zukunftsworkshop für Frauen der

GdP-Bundespolizei in Berlin statt. Wieder waren aus allen Direktionsgruppen der Bundespolizei und dem Zoll junge und jung gebliebene Kolleginnen ohne gewerkschaftliche Funktionen eingeladen, über ihre Wahrnehmung unserer Gewerkschaft und ihre Erwartungen zu diskutieren.

Zwölf Kolleginnen aller Bereiche, Vollzugsbeamtinnen im Einzeldienst, im Verband, bei der Bundeszollverwaltung und Tarifbeschäftigte waren der Einladung gefolgt.

Familienkalender

Auf Initiative der Frauengruppe wird seit 2016 ein Familienkalender unter Mitwirkung der Beschäftigten erstellt. Hierbei werden Deckblatt und Kalenderblätter von Kindern unserer Mitarbeiter gestaltet. Thematisch sollten die Bilder sich entweder mit den Themen Familie, Polizei/Zoll oder den Jahreszeiten befassen. Für jede Direktionsgruppe, bzw. die BZG Zoll, steht ein Blatt zur Verfügung.



Internationaler Frauentag

Jedes Jahr haben wir den Internationalen Frauentag am 8. März genutzt, um auf die aktive Frauenarbeit der GdP aufmerksam zu machen. Wir GdP-Frauen engagieren uns aktiv für Gleichstellungspolitik, Vereinbarkeit von Familie & Beruf



sowie Chancengleichheit für Erziehende und Pflegende. In jedem Jahr fanden zum Internationalen Frauentag zahlreiche GdP-Aktionen in Bundespolizei, Zoll und BAG statt.

Von Verteilaktionen der Karten bis zum gemeinsamen Frauenfrühstück. Unser Motto 2017 - Seid laut! Denn das ist es, was Gewerkschafterinnen ausmacht: Den Mund aufmachen, wenn uns etwas nicht passt, und selbst aktiv werden!



Wo haben wir uns sonst noch so eingebracht?

Im Personalentwicklungskonzept wurde extra der Bereich der Frauenförderung aufgenommen, hier insbesondere die Förderung im Führungskräftebereich. Ein großer Arbeitsbereich waren die Beurteilungsrichtlinien – die Studie „Gendergerechte Beurteilungen“ fand ihren Niederschlag u.a. in der Aufnahme des Bewertungskriterium Genderkompetenz und Geschlechtergerechtigkeit. Im Bereich Vereinbarkeit Familie und Beruf sind unsere Anstrengungen in ersten Schritten in den Aufstiegsverfahren erkennbar. Auch die Anschaffung des Toiletten Kraftwagen (TOI KW) war eine Initiative der Frauengruppe.

Die Stellungnahmen zum Bundesgleichstellungsgesetz erforderten viel Arbeit von uns – aber wir wurden gehört. Der

DGB übernahm am Beispiel der Bundespolizei unsere kritisch gesehenen Punkte und es wurde einiges geändert in unserem Sinne. Die Sensibilisierung der Problemstellung erfolgte und für viele unserer Kollegen heißt es jetzt – ein MEHR von Familie und Beruf.

Gründungen von Frauengruppen auf Direktionsgruppenebene



DG Nordrhein Westfalen



DG Baden-Württemberg



DG Hannover



Landesfrauengruppe Hessen

Unsere Frauengruppe ist seit Anfang der 80er Jahre aktiv. Bis heute haben viele weibliche Polizeibeschäftigte in dieser Personengruppe mitgearbeitet.

In unserem Landesfrauenvorstand bringen sich Frauen des Hessischen Landeskriminalamtes, der hessischen Bereitschaftspolizei, der Polizeizentralbehörden, der hessischen Polizeiakademie, der Autobahnpolizei, der Wachpolizei und Kolleginnen im Wach- und Streifendienst ein.

Wir haben uns für die Verbesserung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf eingesetzt, dazu gehört unter anderem ein Ratgeber für werdende Eltern, den wir bereits zum dritten Mal aktualisiert haben.

Wir sind bei Großeinsätzen wie „Blockupy“ und Eröffnung der EZB zur Betreuung und Unterstützung unserer Teams vor Ort. Gerade bei „Großlagen“ mit einer Beteiligung von bis zu zehn Bundesländern, einschließlich der Bundespolizei, kommt man mit den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch und kann bei manchen auftretenden Problemen (z.B. keine Getränke für die Kolleg/Innen oder wo ist unsere Essensausgabe usw.) helfen. Bei den Kolleginnen stehen wir auch bei gesundheitlichen Problemen für eine umfassende Beratung und Hilfe zur Verfügung.

Wir bringen uns für die Belange unserer Frauen im Deutschen Gewerkschaftsbund Hessen/Thüringen ein.

Wir haben den ersten GdP-Familienplaner Hessen entwickelt und drucken lassen. Der Planer war den Bedürfnissen der Polizeibeschäftigten mit Spalten für Dienst beider Elternteile und gemeinsamen Aktionen sowie der Kinder angepasst. Seit 2016 wird der Familienplaner von der OSG aufgelegt.

Wir vertreten die hessischen Frauen im geschäftsführenden Landesvorstand der GdP und im Bundesfrauenvorstand der GdP.

Unter dem Motto: „Frauen fordern Anerkennung und Respekt hessenweit“ fand am 29. August 2017 die 4. Landesfrauenkonferenz in der Bildungsstätte Steinbach (Taunus) statt.

Es galt, sich für die nächsten vier Jahre gewerkschaftspolitisch gut aufzustellen und einen neuen Vorstand zu wählen.

Heike Grosser wurde zur neuen Vorsitzenden der Frauengruppe gewählt.

Stellvertreterinnen wurden Kerstin Wöhe, Tina Sauer und Veronika Nickel. Als Schriftführerin wurde Esther Jaekel

und als stellvertretende Schriftführerin, Iris Icke gewählt. Alle Kolleginnen wurden einstimmig gewählt und nahmen ihr Amt mit Freu-



de an. Dieses 100%ige Ergebnis ist ein sehr überzeugender Vertrauensbeweis für die GdP-Frauen.

Alle Teilnehmerinnen waren sich einig, dass es weiterhin ein großes Spektrum an Themen für und von den Frauen für die GdP gibt. Hier wünschten sich die Teilnehmerinnen gerade zur Thematik Versorgung / Versorgungsausgleich noch weitere Aufklärungsarbeit.

Ferner verabschiedeten die Delegierten zahlreiche Anträge, die zum ordentlichen Landesdelegiertentag, der im April 2018 in Marburg stattfindet, weitergeleitet werden. Hierbei stehen folgende Themen im Fokus: Anerkennung von Fahrt-/Reisezeiten als Dienstzeiten, Hessische Beihilfebestimmung zu Begleitkindern bei Kuren, Sterbegeld, Poolbildung für Personalausgleich im Bereich der hessischen Polizei und Besteuerung der Renten.

Heike Grosser

Landesfrauengruppe Hamburg

Die Frauengruppe der GdP Hamburg in diesem Jahr ganz im Zeichen des G20 Gipfels

Nach anstrengenden Monaten kehrt so langsam wieder Ruhe in die Hansestadt ein. Dauerte der G 20 Gipfel an sich nur wenige Tage, so nahm die Vorlaufzeit mehrere Monate in Anspruch.

Allen voran ist hier die Betreuung der Polizeikräfte durch die GdP Hamburg zu nennen, die für die Bewachung mehrerer Objekte gestellt wurden und an der sich die Frauengruppe regelmäßig beteiligte.

In vielen Gesprächen mit Kolleginnen berichteten diese von ihren Sorgen und Nöten, die ein 12 – 14 Stunden Dienst im GSOD Einsatz so mit sich bringt.

- Stundenlanges Stehen im Turtle und Helm
- Kaum Möglichkeiten herausgelöst zu werden, um sich frisch zu machen
- Hygienische Verhältnisse der Toiletten, die die Kolleginnen in der Kürze der Zeit aufsuchen müssen



Aus diesen Gesprächen resultierend kam uns eine Idee!
Der GdP-Bus muss für kommende Einsätze für die Betreuung der Kollegen und Kolleginnen mit einer Einsatztasche für Frauen ausgestattet werden.

In dieser Einsatztasche befinden sich Hygieneartikel aller Art, von Desinfektionstüchern bis hin zu Feuchttüchern zum frisch machen, Slipeinlagen und Tampons, sowie frische Unterwäsche zum Wechseln (einzeln verpackt).

Als diese Tasche den Kolleginnen vorgestellt wurde, war eine Welle der Begeisterung festzustellen. Bereits nach einer Woche musste diese Tasche aufgefüllt werden.

Während des gesamten G20 Einsatzes und auch in Zukunft wird diese Einsatztasche ein steter Begleiter bei der Betreuung der Einsatzkräfte sein.

Doch nicht nur die Einsatzkräfte wurden betreut, sondern auch viele Kinder der Kolleginnen und Kollegen wurden in eigens von der Behörde organisierten Kitas untergebracht.



Um diese Einrichtung den Kolleginnen und Kollegen näher zu bringen, wurde diese von der Frauengruppe Hamburg besichtigt, Informationen gesammelt und die Kolleginnen und Kollegen umfassend informiert.

Die Betreuung der Kinder wurde so positiv angenommen, dass die Kinder, um sich zu bedanken, ein Bild gemalt ha-

ben, das von der Frauengruppe Hamburg der Polizeiführung kürzlich überreicht wurde.

Auch vor dem G20 Gipfel waren wir aktiv. So wurde durch uns das Thema:

„Gewalt gegen Frauen in der Verwaltung“ thematisiert und recherchiert.

In vielen Telefonaten mit Kolleginnen an verschiedenen Dienststellen in der Verwaltung, vor allem im Sozialamt und Jugendamt kristallisierte sich heraus, dass das Thema „Gewalt gegen Kolleginnen in der Verwaltung“ bereits innerhalb der Verwaltungsbehörde thematisiert wurde und die Kolleginnen mit einem umfassenden Konzept, rechtlichen Lösungen und Ansprechpartnern innerhalb der Behörde bedacht wurden.

Ferner haben auch wir von der Frauengruppe der GdP Hamburg am Weltfrauentag unsere Kolleginnen mit einer kleinen Aufmerksamkeit überrascht.

2018, es gibt viel zu tun für die Frauengruppe Hamburg.

Wir werden eine Idee aufgreifen, für die nach Erstellung eines Konzeptes, auch andere Bundesländer reges Interesse daran finden werden.

Man darf gespannt sein.



*Katja Schölermann
Vorsitzende der Frauengruppe der GdP Hamburg*



Landesfrauengruppe Mecklenburg-Vorpommern

GdP – Gut durch Powerfrauen – unter diesem Motto fand am 18. November 2015 unsere 6. Landesfrauenkonferenz statt. Neben den Wahlen zum Geschäftsführenden Landes-

frauenvorstand, für den wir Nachwuchs gewinnen

und uns damit im Vorstand verjüngen konnten, verabschiedeten wir eine Resolution, in der wir die Landesregierung und die Polizeiführung aufforderten,

die personelle und materielle

Ausstattung der Polizei den damaligen und auch heutigen aktuellen Herausforderungen (Flüchtlingswelle, Terrorgefahr) anzupassen. Auch eine einsatzbegleitende Fürsorge und die Einstellung von qualifizierten Migrationsbeauftragten wurden gefordert. Diese Resolution wurde durch die JUNGE GRUPPE (GdP), an die wir nach der Landesfrauenkonferenz den Staffelstab für ihre Landesjugendkonferenz übergaben, mitgetragen und schlug Wellen im Innenministerium.

Neben den jährlichen Aktionen zum Frauentag (persönliche Grußkarten an alle weiblichen GdP-Mitglieder) und un-



Der neu gewählte Geschäftsführende Landesfrauenvorstand seit 2015

serem Sommerseminar mit Kinderbetreuung arbeiteten wir am Gesetzentwurf zu unserem neuen Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Landes M-V mit, welches am 11. Juli 2016 in Kraft trat. Im Oktober 2016 führten wir dann dazu ein Seminar mit unseren Gleichstellungsbeauftragten und einigen Personalrätinnen durch. Dieses Seminar boten wir ebenfalls mit Kinderbetreuung an. Folgeschulungen wurden 2017 im Oktober durchgeführt und sind weiterhin jährlich geplant.

Ebenfalls jährlich führen wir unsere zweitägige Landesfrauenvorstandssitzung durch. Die Sitzung im November 2016 war geprägt von der Vorbereitung zum Landesdelegiertentag im April 2017. Wir verschrifteten Anträge und machten Personalvorschläge für den Vorstand. Unsere Beisitzerin Kristin Frosch wurde als Schriftführerin in den Geschäftsführenden Landesvorstand gewählt und ist zudem auch für die Bil-



Frauseminar mit Kinderbetreuung in Waren/Müritz Juli 2016



Landesfrauenvorstandssitzung November 2016 in Marlow



dungsarbeit zuständig.

Wir freuen uns, dass wir unsere beiden jungen Mütter aus dem GLFV wieder in der aktiven Arbeit begrüßen können. Auch die Zusammenarbeit mit dem Vorstand der JUNGEN GRUPPE (GdP) ist sehr gut und konstruktiv. Eine große Herausforderung ist für uns im Zusammenhang mit den hohen Einstellungszahlen die Mitgliederneugewinnung. Hier unterstützen wir die JUNGE GRUPPE (GdP) aktiv.

Landesfrauengruppe Niedersachsen

Der geschäftsführende Landesfrauenvorstand besuchte 2016 das Sozial- und Familienministerium um mit ihrer Sozialministerin Kornelia Rundt u.a. über Themen wie Versorgungslücken und die Novellierung des Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes (NGG) zu diskutieren. Ebenso wie bei der Veranstaltung „99 Jahre Frauenwahlrecht“ am Internationalen Frauentag 2017 in Hannover. Der derzeitige Verfahrensstand ist, dass wir auf Ebene der Gewerkschaften in der Beteiligung der Novellierung sind.

Die Frauenfachtagung lief unter dem Motto „Rente/Versorgung/Pension – Was bekomme ich?“

Den Internationalen Frauentag 2015 verbrachte man mit 30 Kolleginnen in Oslo im Rahmen ihrer ersten „Frauenfahrenfort“-Tour. An diesem Tag bekamen alle Kolleginnen und Kollegen mit Personalverantwortlichkeit die grüne Karte mit

der Aufschrift „Wer die Besten will, kann auf Frauen nicht verzichten“ persönlich zugesandt; von der Polizeipräsidentin/-präsidenten bis zur Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter Personal in den Inspektionen im ganzen Land.

2016 wurde dieser Tag in der Polizeidirektion Göttingen mit vielen Kolleginnen gemeinsam verbracht, u.a. mit dem Vortrag von Dr. Dirk Götting, „Von der Polizeiassistentin zur Führungskraft“. Hier stellten wir fest, dass sich in den zurückliegenden 40 Jahren außer der Kleidung und den Frisuren nicht viel verändert hat.

2017 stand mit der Polizeidirektion Hannover ein gemeinsamer Besuch der Veranstaltung vom Sozialministerium anlässlich 99 Jahre Frauenwahlrecht an.

Die „Frauenfahrenfort“-Tour 2016 führte die Niedersächsinen zu einem informativen Wochenende nach Hamburg. Mit einer persönlichen Führung über die Reeperbahn, dem Besuch der Davids Wache bei Tag und dem Leben bei Nacht.

2017 ging es zu einem Wochenende in Berlin auf „Frauenfahrenfort“-Tour, wo u.a.





die Bundesgeschäftsstelle der GdP besucht wurde und Gespräche mit dem Pressesprecher Rüdiger Holecek geführt wurden. Eine Spreefahrt, eine Führung durch das historische und neue Berlin, sowie dem

Regierungsviertel fehlte auch nicht auf dem Plan.

Schon jetzt steht fest, dass uns die nächste „Frauenfahrtenfort“-Tour nach Amsterdam führt.

Auf dem DGB-Stand bei der „WoMen Power-Messe“ während der Hannover Messe konnten wir die GdP bereits zweimal vertreten.

Am 11./12. Januar 2017 wählten die Delegierten der 8.

Landesfrauenkonferenz erneut Anja Surkau zur Landesfrauenvorsitzenden, sowie Ilona Müller, Kornelia Wysocki, Heike Donath und Imme Hildebrandt als geschäftsführenden Landesfrauenvorstand.



Imme Hildebrandt, Ilona Müller, Anja Surkau, Kornelia Wysocki, Heike Donath fehlt

Landesfrauengruppe Nordrhein-Westfalen

Seit der Landesfrauenkonferenz in 2013 liegt eine ereignisreiche Legislaturperiode hinter dem Landesfrauenvorstand NRW. Natürlich galt es, die zahlreichen Arbeitsaufträge, die sich durch die Konferenz ergeben hatten, abzuarbeiten. Im Fokus standen hier z.B. Themen wie Altersarmut von Frauen, Frauen in Führungsfunktionen - und natürlich immer damit im Zusammenhang der Bereich Vereinbarkeit von Beruf und Familie.



Das „frisch“ gewählte Gremium auf der Frauenkonferenz 2013

Um nur einige Schlagworte zu nennen, die die Frauengruppe NRW darüber hinaus die letzten Jahre stark beschäftigt hat: Die Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes, die Ereignisse rund um die Silvesternacht 2015 / 2016, die Überarbeitung der Dienstrechtsreform und die damit verbundene Einführung der Frauenquote unter § 19 Abs. 6 S. 3 LBG NRW.

Als einen wichtigen Aspekt zur Förderung der Kolleginnen und ihren Karrierechancen hat sich der LFV NRW besonders in den letzten 2 Jahren dem Thema Netzwerkarbeit für Frauen in der Polizei angenommen.

Ein besonderes Highlight hierzu war sicherlich die Tagung



HD-Frauen: Am 30. Oktober 2015 hatte der Landesfrauen-
vorstand erstmalig die Kolle-
ginnen des Höheren



Podiumsdiskussion HD-Tagung

Dienstes zu einer eigen-
en Tagung HD einge-
laden. Unter dem Titel:
„Gleiche Karrier-
echancen für Frauen
in der Polizei!“ gab
die Fachtagung äußerst
interessante und praxis-

nahe Einblicke. Insbesondere das Impulsreferat von Frau Dr.
Elke Bartels, PP Duisburg „Gleichstellung aus Sicht einer Be-
hördenleiterin“ vermittelte, wie Chancengleichheit vor
allem als Vorgesetzte vorgegeben und unterstützt werden
kann. Auch der anschließende offene Ideenaustausch „Was
ist zu tun?“ auf dem roten Sofa u.a. mit weiteren Referen-
tinnen wie Claudia Römers, Polizeioberrätin und Frau Dr.
Elke Wiechmann, Lehrstuhl Politik und Verwaltung FernUni
Hagen, fand großen Anklang bei den Teilnehmerinnen. Na-
türlich war die Veranstaltung auch gedacht als Plattform für
eine Vernetzung der HD-Kolleginnen.

Nach der guten Resonanz im Jahr zuvor führte der LFV eine
weitere reine Frauen Fachtagung HD im Oktober 2016
durch. Anlehnend an ein Bildungsseminar, das im gleichen
Jahr im Frühjahr stattgefunden hatte, war das Hauptthema

hier „Networking“. Vor allem die lebhaftere Referentin Manu-
ela Rukavina mit ihrem Vortrag am Nachmittag „Netzwer-
ken als Erfolgsstrategie für Frauen - oder doch nur Klänge-
lei!“ kam bei den Kolleginnen sehr gut an. Ganz deutlich
wurde auch hier wieder, wie wichtig – gerade auch in Sa-
chen Karriereförderung - eine enge Verknüpfung der Kolle-
ginnen untereinander ist.

Passend hierzu beteiligte sich der LFV der GdP im
Juli 2017 an der **DGB-Frauenkonferenz „Ein
Netzwerk, das bewegt“**. Unter anderem
hatten die GdP-Frauen eines ihrer zentra-
len Themen, ‚Weibliche Altersarmut‘ the-
matisiert und einen Stopp der weiteren
Absenkung des Rentenniveaus gefor-
dert: Laut einer WSI Studie sind Frauen
deutlich stärker armutsgefährdet als
Männer. Zurzeit liegt das Rentenniveau
bei ca. 47 % und soll bis zum Jahre 2030
auf 43 % gesenkt werden.

Die DGB-Frauen NRW hatten insgesamt
auf der Konferenz ein Signal für mehr Gleichberechtigung in
der Arbeitswelt gesetzt



Martina Filla auf der
DGB-Konferenz



Landesfrauengruppe Rheinland-Pfalz



- 10 Sitzungen und zwei Klausurtagungen.
- Sitzungen des Landesbeirates und verschiedener AG´en durch die Vorsitzende Verena Horn.
- Durchführung einer Gleichstellungstagung.
- Seminare: 2015 und 2016 „Wer die Besten will, kann auf

Frauen nicht verzichten“,

- 2017 „Die Besten in der Vorbereitung“.
- 2016 Selbstverteidigungskurs für Frauen.
- Briefe an den Innenminister zur Anpassung der positiven Änderungen im MuSchG an die MuSchVO sowie zu Fragen zum LGG an die Familienministerin.
- Flugblätter u.a. zu Änderungen im MuSchG, Handschlagverweigerung, Gesprächstermine, Gegen Gewalt an Frauen, Neuregelungen zu ElterngeldPlus und Elternzeit, Novellierung des LGG RLP, Bericht zu „Was verdient die Frau?- Wirtschaftliche Unabhängigkeit“, Pflegezeitregelungen etc.

Veröffentlichungen u.a. zum

- Internationalen Frauentag 2015 („So kann die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gelingen“, „Unser Beurtei-

lungssystem – So funktioniert es wirklich“),

- Internationalen Frauentag 2016 („ElterngeldPlus und Elternzeit“, „Vereinbarkeit von Beruf und Pflege“, „Starke Frauen - Jenny von Westfalen“, „Rollenverständnis innerhalb der Generationen“),
- Internationalen Frauentag 2017 („30 Jahre Frauen in der Schutzpolizei RLP“,
- „Warum Mütter ihre Kinder töten“),
- Gespräche mit der Politik zur Wahl der Gleichstellungsbeauftragten,
- Interview mit dem Inspekteur der Polizei zur Zunahme junger, eingeschränkt dienstfähiger Kolleginnen.



Frankfurter Flughafen zu den Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei. Und weil das Gute oftmals so nah liegt, ging es in kurzer Bahnfahrt nach Trier, wo wir uns die Geschichte des Trierer Doms erklären ließen. Für das neue Jahr sind erste Planungen für eine weitere Fahrt angedacht.



Aktuell gestalten wir unsere im November 2017 anstehende Landesfrauenkonferenz. Mit dem dann neu gewählten Vorstand werden weitere Akzente für die nächsten vier Jahre gesetzt werden.

*Vera Koch
Vorsitzende Frauengruppe*

Landesfrauengruppe Sachsen

Seit der letzten Bundesfrauenkonferenz 2014 wurden vielfältige Aktivitäten durchgeführt.

Neben den quartalsweise durchgeführten Vorstandssitzungen, der Zusammenarbeit mit dem DGB-Bezirksfrauenausschuss Sachsen und der ständigen Aktualisierung unserer Homepage finden sich unsere Aktivitäten auch in der „DEUTSCHEN POLIZEI“ Landesteil Sachsen wieder. Im März 2017 wurde im Leitartikel „Landesfrauenkonferenz - 1 Jahr danach“ zur Mitarbeit im Vorstand der Frauengruppe aufgerufen. Eine Kollegin erklärte sich spontan bereit, jetzt schon mitzuarbeiten und zur nächsten Landesfrauenkonferenz 2021 für die Wahl des Vorstandes zu kandidieren.

Damit es unseren Frauen rund herum gut geht, wurden auch „schöne Momente“ organisiert. So zum Beispiel wird in jedem Jahr ein „Wohlfühlwochenen-



de“ durchgeführt. An diesem können interessierte Kolleginnen, die Mitglied der GdP sind, teilnehmen. Das Wochenende wird von den Teilnehmerinnen selbst bezahlt. Es geht um Wohlbefinden, wie Massagen, Sauna, Spaziergänge ..., aber auch der Erfahrungsaustausch am Abend ist uns wichtig.

Jedes Jahr gibt es aus Anlass des Internationalen Frauentages und im Herbst als sogenanntes „Herbsttreffen“ eine kleine Dankeschön-Veranstaltung für die in der GdP aktiven Frauen (Vorstand und Ansprechpartnerinnen der Bezirks-/Kreisgruppen). Das reicht von einem kriminalistischen Stadtrundgang in Leipzig, über Bowling, bis hin zum Kabarett-Besuch und der Durchführung von „Bastelaktivitäten“, wie zum Beispiel Kerzenziehen und Schmuck basteln.

Jährlich findet im September in unserem Bundesland der „Tag der Sachsen“ statt. Zu diesem und auch zu anderen großen Einsatzmaßnahmen erfolgt die Betreuung der Kolleginnen durch die Verteilung von Werbemitteln und Notfallsets. Im April 2016 fand



Der Geschäftsführende Frauenvorstand

die Frauenkonferenz in Dresden statt. Dort wurde ein neuer Vorstand gewählt.

Vier Anträge wurden angenommen und an den Landesdelegiertentag der GdP Sachsen weitergegeben: Erlass Weiterbildungsfreistellungsgesetz, modernes Gleichstellungsgesetz, Übernahme Familienpflegezeitgesetz für Beamte und Ansparrurlaub für Tarifbeschäftigte.

*Gabriele Eienkel
Vorsitzende der Frauengruppe Sachsen*

Landesfrauengruppe Sachsen-Anhalt

Tabellarischer Abriss über die Aktivitäten der Landesfrauengruppe Sachsen-Anhalt. Viele der genannten Veranstaltungen decken wir Frauen fast zu 100 Prozent allein ab. Immer vor Ort von der GdP Standbetreuung, über den Werbemittelverkauf, Präsentationen von internen Infomaterial bis zu Themen- und Verkehrsmalheften.

2014

- 06.-07.03. Landesfrauenkonferenz
Motto: „Anecken statt Wegstecken - WIR Frauen in der Polizei!“
- 17.-18.03. Bundesfrauenkonferenz
- 01.05. Maikundgebung in Magdeburg





- 23.05. Landesfrauenvorstandssitzung
- 29.05. Fest der Begegnung
- 14.06. Tag der Offenen Tür an der Fachhochschule der Polizei in Aschersleben
- 19.07. Sachsen- Anhalt Tag in Wernigerode
- 06.09. Tag der offenen Tür in der Landesbereitschaftspolizei in Magdeburg
- 13.09. Tag der offenen Tür im Revier Salzwedel
- 12.09. Landesfrauen- vorstandssitzung
- 12.12. Veranstaltung „20 Jahre Landesfrauengruppe“



2015

- 17.01. Meile der Demokratie
- 03.03. Landespressekonferenz zum Frauentag und Interview
- 13.03. Landesfrauen- vorstandssitzung und zentrale Frauentagsveranstaltung
- 23.04. Tag der offenen Tür Revier Mansfeld Südharz in Eisleben
- 28.-29.04. Personalratswahlen
- 01.05. Maikundgebung in Magdeburg
- 14.05. Fest der Begegnung
- 30.05. Sachsen- Anhalt Tag in Köthen
- 20.06. Tag der offenen Tür an der Fachhochschule der Polizei in Aschersleben
- 18.09. Landesfrauen- vorstandssitzung
- 16.10. Festakt „25 Jahre GdP Sachsen Anhalt“ in der



Beate Berndt - Pressekonferenz zum Frauentag 2015



Festveranstaltung 25 Jahre Landesfrauengruppe



- Johanniskirche in Magdeburg
- 04.-06.11. Seminar „Die Frau in der Polizei – besonders gefo(ö)rdert!? – Themen: Stressbewältigung und Gesundheitsmanagement meistern

2016

- 16.01. 8. Meile der Demokratie
- 27.04. Festakt 25 Jahre Landesbereitschaftspolizei in Magdeburg
- 01.05. Maikundgebung in Magdeburg
- 14.06. Gesundheitstag in der Landesbereitschaftspolizei Magdeburg
- 18.06. Tag der offenen Tür in der Fachhochschule der Polizei in Aschersleben
- 19.08. Landesfrauenvorstandssitzung
- 09.09. Tatort - eine lange Nacht im Revier Magdeburg
- 09.12. Landesfrauenvorstandssitzung

2017

- 21.01. Meile der Demokratie
- 10.03. Zentrale Frauentagsveranstaltung
- 01.05. Maikundgebung in Magdeburg
- 05.05. Außerordentlicher Landesdelegiertentag

- 10.06. Tag der offenen Tür in der Fachhochschule der Polizei in Aschersleben

- 17.08. Landesfrauenvorstandssitzung

- 25.-27.09. Seminar „Die Frau in der Polizei – besonders gefo(ö)rdert!?“
Themen: Partnerschaftliches Verhalten, Spiele der Macht, Frauenfördergesetz



Landesfrauengruppe Thüringen

Wieder sind vier Jahre vergangen und wir möchten Euch über unsere Aktivitäten in diesem Zeitraum einen kleinen Überblick geben.

Beginnen möchten wir mit unserer Landesfrauenkonferenz am 29./30.September 2013 in Erfurt, welche unter dem Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ stattfand.

An dieser Veranstaltung nahmen als Gäste u.a. der Innenminister, der Präsident der LPD, die Beauftragte für Gleichstellung von Frau und Mann sowie weitere Vertreter/innen aus der Politik teil. Dies zeigt einmal wieder, dass unsere Arbeit als Frauengruppe der GdP anerkannt ist und wir auf dem richtigen Weg sind.

Durch die Wahl gab es keine personellen Veränderungen in



der Besetzung unseres Vorstandes sondern wir erhielten noch Unterstützung durch unsere Zentrale Gleichstellungsbeauftragte der Polizei und einer Kollegin aus der Seniorengruppe, welche uns bei den anstehenden Aufgaben tatkräftig unterstützten. So konnte die Arbeit in verschiedenen Gremien und Arbeitsgruppen gut verteilt und geschafft werden.

In der vierjährigen Legislaturperiode organisierten wir verschiedene Veranstaltungen für unseren erweiterten Vorstand, welche nicht nur der Weiterbildung und dem Erfahrungsaustausch dienen, sondern auch der Bearbeitung von aktuellen Problemen und Themen. Wir unterstützten den Landesvorstand bei verschiedenen Veranstaltungen und der Mitarbeiterbetreuung vor Ort.

2013 konnten wir Frau Fuchs von der LEG Thüringen bei uns begrüßen. Sie stellte uns das Projekt „Kinderbetreuung 24“ vor. Verschiedene Betriebe und Behörden der Stadt Erfurt bauten zusammen einen gemeinsamen Kindergarten. Durch die Öffnungszeiten des Kindergartens wird es Schichtarbeitern ermöglicht, ihr Kind auch zu ungünstigen Zeiten betreuen zu lassen. So ein Projekt ist auch für die Polizei sehr interessant, da es die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stark unterstützt.

So besuchten wir im Jahr 2014 unter der fachkundigen Führung einer Gartenbauingenieurin den Rosengarten sowie den Japanischen Garten in Bad Langensalza.

Im gleichen Jahr wurde der Neubau der Geschäftsstelle der GdP, LB Thüringen, fertig gestellt und wir unterstützten tatkräftig beim Umzug.

Im Jahr 2015 organisierten wir ein Seminar zum Thema Patientenverfügungen, Altersvorsorge etc. Hier war ein sehr großes Interesse zu verzeichnen. Die in Schmalkalden stattgefundenen Landesgartenschau nahmen wir zum Anlass nicht nur mehr über Blumen sondern auch über die Geschichte von Schmalkalden zu erfahren.

Ebenfalls in guter Erinnerung ist uns 2016 geblieben. Nach einer Führung im Gefahrenabwehrzentrum in Zella-Mehlis (Tunnelfeuerwehr und Autobahnpolizeistation Süd), in der wir viel über unser Thüringer Autobahntunnelsystem erfahren, führte uns unsere Wanderung über die Skihalle in Oberhof zum Bundeswehrstützpunkt. Hier konnten wir im Biathlonschießen unser Können unter Beweis stellen und krönten zum Schluss unsere „Schützenkönigin“.

Der Anfang des Jahres 2017 war von den Vorbereitungen und der Durchführung unserer 6. Landesfrauenkonferenz unter dem Motto „WER DIE BESTEN WILL, KANN AUF FRAUEN NICHT VERZICHTEN“ geprägt.



Diese fand am 08./09. März 2017 in Bad Tabarz im schönen Thüringer Wald statt. Hier wurde Katrin Dallmann mit 100% der Stimmen zur Vorstandsvorsitzenden wieder gewählt. Als Resümee können wir sagen, dass wir eine gute Arbeit geleistet haben und auch in Zukunft nicht nachlassen werden.



4. Zusammenarbeit mit dem DGB



4.1 DGB-Bundesfrauenausschuss

Die Abteilung Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik beim DGB-Bundesvorstand lädt zweimal jährlich die „Frausekretärinnen“ aller Einzelgewerkschaften sowie die Zuständigen aus den DGB-Bezirken zu zweitägigen DGB-BFA-Sitzungen nach Berlin ein. Für die GdP nimmt Annette Terweide an diesen Sitzungen teil. In dieser Legislaturperiode bildete das in den Koalitionsverhandlungen vereinbarte Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst, die Novellierung des Mutterschutzgesetzes, das Gesetzesvorhaben



DGB-BFA-Kolleginnen vor dem Hintergrund der DGB-Rentenkampagne

zur Entgeltgleichheit und das Gesetzesvorhaben zum Rechtsanspruch auf Rückkehr aus Teilzeit und befristete Teilzeit die Schwerpunkte. Ebenso standen der 2. Gleichstellungsbericht der Bundesre-

gierung, die Arbeitszeitdebatte mit einem Konzept zum Wahlarbeitszeitgesetz sowie die Internationalen Frauentage, der Equal Pay Day und der Tag der Betrieblichen Entgeltgleichheit auf den Tagesordnungen. Großen Raum nahmen die Vorbereitungen der DGB- Bundesfrauenkonferenz,

die in der Zeit vom 23. - 25.11.2017 stattfand, ein. Das Logo für die BFK wurde von einer Agentur entwickelt und lehnt sich an einem Logo für den Internationalen Frauentag ab 2017 an. Die Fristenplanung, Delegiertenschlüssel (7 Mandate entfallen auf die GdP) und die Besetzung der Antragsberatungskommission (ABK), Verhandlungsleitung und der Mandats-Prüfungskommission waren ebenfalls Bestandteil der Beratungen.

Weiterhin war die Auseinandersetzung mit der AfD und deren Anti-Gender-Politik Thema der Sitzungen. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dieser Partei zeigt eine extreme Ablehnung der Genderperspektive.

Kritisch haben sich die Frauen der GdP gegen eine Aufweichung des § 4 MuSchG „Verbot der Mehr- und Nachtarbeit“ ausgesprochen. In enger Abstimmung mit dem Bundesfrauenvorstand hat die GdP kritisiert, dass auch das neue MuSchG nicht unmittelbar für Beamtinnen gilt. Für diesen Personenkreis gelten weiterhin die Verordnungen des Bundes und der Länder.

Das Gesetzesvorhaben zur Entgeltgleichheit wurde mit der Aktion „Lohngerechtigkeit jetzt“ begleitet. Gewerkschaften und Interessenverbände forderten eine unverzügliche gesetzliche Regelung für das Recht auf gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit. In einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie die Abgeordneten des Deutschen Bundestages appellierten sie, den von der



damaligen Bundesministerin Manuela Schwesig vorgelegten Gesetzentwurf für mehr Lohngerechtigkeit, zu verabschieden. Ziel der von den DGB-Frauen initiierten Postkartenaktion, die an die Bundeskanzlerin gerichtet war, sollte den Druck bezüglich der Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern erhöhen, um das Gesetz zu beschließen. An dieser Postkartenaktion beteiligten sich die GdP-Frauenverbände ebenfalls. Weitere Informationen zum Entgeltgleichheitsgesetz können unter Punkt 1.5.3 in diesem Geschäftsbericht nachgelesen werden.

4.2 DGB-Bundesfrauenkonferenz vom 22. - 25. November 2017

Im Vorfeld der 19. DGB-Bundesfrauenkonferenz fand die Fachveranstaltung „Den Wandel gestalten - wir machen uns stark für die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen!“ statt. Gemeinsam mit der Bundesfrauenministerin Dr. Katarina Barley, der stellvertretenden Vorsitzenden des

DGB Elke Hannack sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Gewerkschaften, Betrieben und Verwaltungen, wurde über die Situation von Frauen



GdP-Delegation beim DGB
Foto: Kerstin Mueller©

auf dem Arbeitsmarkt, die Verbesserung der Beschäftigungs- und Lebenssituation von Frauen im Lebensverlauf diskutiert. In ihrem Fachvortrag „Warum die Zukunft der Arbeitswelt weiblich ist“ legte Frau Prof. Dr. Anke Hassel, wissenschaftliche Direktorin des WSI der Hans-Böckler-Stiftung, vor allem das Augenmerk auf den digitalen Wandel und seine Auswirkungen.

Im Anschluss an diese Fachtagung fiel der Startschuss für die DGB-Bundesfrauenkonferenz unter dem Motto „Ein Netzwerk, das bewegt.“ In den folgenden drei Tagen hatten die fast zweihundert Kolleginnen aus allen Mitglieds-gewerkschaften und Bezirken die Gelegenheit zur Auseinandersetzung mit vielen wichtigen Themen der gewerkschaftlichen Gleichstellungspolitik. Die Delegierten tauschten sich darüber aus, was sie in ihrer Gewerkschaftsarbeit bewegt und bewerteten die bisher erreichten gleichstellungspolitischen Erfolge.

Die GdP-Delegation war mit sieben Mandatsdelegierten vertreten. Erika Krause-Schöne, stellv. Bundesfrauenvorsitzende, hatte sich abermals bereit erklärt, die Konferenzleitung zu übernehmen. Wilma Wäntig, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesfrauenvorstandes, war auch bei dieser Konferenz Mitglied der Antragsberatungskommission und Sprecherin des



Erika Krause-Schöne
Foto: Kerstin Mueller©



Antragsblocks F - Gesellschaftspolitik. Christiane Kern, ebenfalls Mitglied des Geschäftsführenden Bundesfrauenvorstandes, leitet das Barcamp zum Thema „Häusliche Gewalt“. Der große Zuspruch der Delegierten bei diesem Thema machte am Nachmittag eine weitere Session zu dem Thema notwendig.

In acht Antragsblöcken wurden 65 Anträge der Einzelgewerkschaften, der DGB-Bezirke und des DGB-BFA beraten und beschlossen.

Bei der Totenehrung wurde unserer, erst einige Tage vorher verstorbenen Bundesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl, gedacht. Die Delegierten hatten die Möglichkeit, sich in einem Kondolenzbuch einzutragen.

4.3 DGB-Projekt „Vereinbarkeit Beruf und Familie gestalten“

Die 5. Projektphase stand unter dem Themenschwerpunkt „Partnerschaftliche Vereinbarkeitslösungen fördern“. Das Projekt soll eine Balance zwischen Altbewährtem und neuen Themen beinhalten. Die vier Schwerpunktthemen beinhalten das ElterngeldPlus, Männer und Vereinbarkeit, Lebenslauforientierung und Innovationsprozesse. Die neue Projektphase von 2015 - 2017 hatte unter dem Begriff „Partnerschaftliche Arbeitszeiten“ die Themen Elterngeld Plus, Männer und Vereinbarkeit und Selbstsorge im späten Erwachsenenalter im Fokus. Das Projektteam bietet Ge-

werkschaften und Betriebs- und Personalräten Beratungen zu Qualifikation und Vernetzung, Beispiele guter Praxis familienbewusster Arbeitszeitgestaltung, Durchführung von Workshops, Seminaren und Fachtagungen an. Positive Signale gab es vom BMFSFJ auch für eine siebte Phase bis Ende 2020 Bundesmittel zur Verfügung zu stellen. Die Beratung und das Strategicoaching für Betriebe und Verwaltungen sind kostenfrei und können vor Ort durchgeführt werden. Regelmäßig erscheint ein Newsletter mit aktuellen Hinweisen aus dem Projekt, ElterngeldPlus, Studien, Kundgebungen u.v.m.

In den Beiratssitzungen, an denen Elke Gündner-Ede oder Annette Terweide teilnahmen, wurden neue Impulse für das Vereinbarkeitsthema wie ungleiche Arbeitszeitverteilung, Rollenbilder, Leitbilder für moderne Geschlechterverhältnisse und die Einbeziehung von Fürsorgearbeit in die Arbeitswelt besprochen. Widersprüche wie die Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit; Rahmenbedingungen, die zu Ungleichverteilung beim Verdienst führen; Männer, die sich unbewusst in Wettbewerbs- und Konkurrenzsituationen verhalten; wurde thematisiert. Diskriminierung von Teilzeitbeschäftigten, wie kann Teilzeit aufgewertet und attraktiver gemacht werden? Welche Maßnahmen der Arbeitsorganisation sind wichtig, um Teilzeit besser zu gestalten?

<http://www.vereinbarkeit.dgb.de/>



4.4 DGB-Projekt „Was verdient die Frau? Wirtschaftliche Unabhängigkeit!“

Ein neues Projekt ging im Rahmen der strategischen Partnerschaft zwischen dem Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend und dem DGB im Herbst 2014 an den Start. Ziel war und ist die Umsetzung der Forderungen nach fairen Arbeits- und Lebensbedingungen sowie eine gerechte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt mit dem Fokus, die eigenständige Existenz von Frauen erst zu ermöglichen. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Entgeltlücke sind ebenso wie die existenzsichernde Beschäftigung Thema. Die Anfänge des Projektes wurden von einer Gruppe junger Frauen begleitet, die den Herausforderungen ganz konkret in unterschiedlichen Phasen ihres Erwerbslebens gegenüberstehen. Hierfür konnten drei Kolleginnen der GdP gewonnen werden. Mitte 2015 fand das zweite Begleitgruppentreffen statt. Die Lebensverlaufsperspektiven von Frauen, ihre Karriereplanung, Wiedereinstieg, steuerliche Fehlanreize und Rahmenbedingungen waren Themen der jungen Frauen. Ziel war es Aktionsideen zu entwickeln, die notwendige Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen einfordern können.

Das Projekt, in einem ansprechenden Design gestaltet, wird mit Webinar-Terminen fortgesetzt. Das erste Webinar fand am 11.10.2017 zum Thema „Mach dich stark! So setzt du

dich als Frau durch“ statt und fand sogleich guten Anklang. Fortgesetzt wurden diese Seminare am 8.11.2017 zum Thema „Jung vorsorgen“ Warum Rente jetzt schon zählt“ und am 18.01.2018 zum Thema „Storch im Anflug! Durchblick bei Mutterschutz, Elterngeld und Elternzeit“.

<http://www.was-verdient-die-frau.de/>

4.5 WoMenPower

Anlässlich der Hannover-Messe findet seit einigen Jahren die WomenPower statt. Bereits zum 3. Mal in Folge ist die Frauengruppe der GdP mit den anderen Einzelgewerkschaften auf dem DGB-Stand vertreten. Zum Thema Arbeitswelt wird ein vielfältiges Angebot an Workshops und unterschiedlichsten Informationsständen angeboten. Interessierte Frauen sind eingeladen sich mit aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen der gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitswelt auseinander zu setzen. Der Stand des DGB und der Einzelgewerkschaften erfährt regen Zulauf, da das Angebot an Informationen sehr umfangreich und aktuell ist.



Besucherinnen am Messestand mit Kornelia Wysocki (li.)





Gewerkschaft der Polizei

5. Deutscher Frauenrat



Der Deutsche Frauenrat (DF) ist der Dachverband von 60 bundesweit aktiven Frauenorganisationen und ist die größte frauen- und gleichstellungspolitische Interessenvertretung in Deutschland. Der DF vertritt Frauen aus Berufs-, sozial-, gesellschafts- und frauenrechtspolitischen Verbänden, aus Parteien, Gewerkschaften, aus den Kirchen, aus Sport, Kultur, Medien und Wirtschaft. Der Deutsche Frauenrat engagiert sich für die Rechte von Frauen in Deutschland, in der Europäischen Union und in den Vereinten Nationen. Das Ziel ist die rechtliche und faktische Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. Alljährlich findet eine Mitgliederversammlung statt, an der eine GdP-Kollegin innerhalb der DGB-Delegation teilnimmt.

5.1 CEDAW

Der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 18. Januar 2016 beschlossen, dass sich der DGB an der Erstellung des CEDAW-Alternativberichts beteiligt. Anlass für die Gründung der CEDAW-Allianz ist die Vorlage des kombinierten 7. und 8. Berichtes der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) vom 05.06.2015 (BT-Drucksache 18/5100).

Die CEDAW-Allianz wird durch den Deutschen Frauenrat koordiniert und verfolgt folgende Ziele:

- Die CEDAW-Allianz wirkt in dem Verfahren der Staatenberichtsprüfung mit, insbesondere übermittelt sie bis Ende Oktober 2016 einen „Koordinierten Alternativbericht“ an den UN-CEDAW-Ausschuss. Im Übrigen schöpft die Allianz alle weiteren Möglichkeiten der Mitwirkung aus, die das Verfahren bietet.
- Die CEDAW-Allianz veröffentlicht außerdem den Koordinierten Alternativbericht für die deutsche Öffentlichkeit, um damit positiv auf den Umsetzungsprozess des CEDAW-Übereinkommens in Deutschland einzuwirken.

Das Mandat der CEDAW-Allianz endete mit dem Abschluss des ersten Berichtsprüfungsverfahrens durch den UN-CEDAW-Ausschuss, spätestens jedoch ein Jahr nach der Veröffentlichung der „Abschließenden Bemerkungen“.

Der UN-CEDAW-Ausschuss hat in der Vergangenheit immer wieder deutlich gemacht, wie wichtig die Mitarbeit von Nichtregierungsorganisationen für seine Arbeit ist. Das internationale Berichtsprüfungsverfahren vor dem UN-CEDAW-Ausschuss bietet der Zivilgesellschaft eine wichtige Möglichkeit, durch einen Alternativbericht an diesem Verfahren mitzuwirken. Die Organisationen der Zivilgesellschaft in Deutschland schließen sich deshalb zu einer Allianz für eine koordinierte Alternativberichterstattung zusammen. Diese CEDAW-Allianz kommentiert darin den deutschen Staatenbericht in den Belangen, die nach ihren Erkenntnissen ergänzungs- oder korrekturbedürftig sind.



Die CEDAW-Allianz sieht sich auch in der Verpflichtung, bestehende Menschenrechtsverletzungen an Frauen in Deutschland und im Ausland als Auswirkung deutscher Politik aufzuzeigen.

Der DGB arbeitete in den Arbeitsgruppen „Erwerbsleben“ und „Gesundheit“ der Allianz mit, an der Arbeitsgruppe „Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel/Prostitution“ hat sich die Frauengruppe der GdP beteiligt. Diese Arbeitsgruppe wurde aufgrund der umfassenden Arbeit in drei „Unter-AGs“ gesplittet. Die Mitarbeit der Frauengruppe erfolgte zu den Themen „Häusliche Gewalt und Zwangsverheiratung“. Eine Teilnahme an den Sitzungen war aufgrund von Terminkollisionen nicht möglich, jedoch erfolgte eine schriftliche Zuarbeit durch die Frauengruppe.

<https://www.frauenrat.de/der-cedaw-alternativbericht/>



6. Frauen in der GdP



Der Anteil der weiblichen Mitglieder in der GdP steigt kontinuierlich, wie die nachstehenden Zahlen belegen:

Stand	Mitglieder	davon Frauen	%-Anteil
31.12.2014	174.869	41.019	23,4%
31.12.2015	176.930	42.191	23,8%
31.12.2016	180.022	43.848	24,4%
30.11.2017	186.792	46.396	24,8%



7. Anträge/Beschlüsse



7.1 Beschlüsse der 6. Bundesfrauenkonferenz 2014 in Potsdam

Stand: 30.11.2017

Antrag Nr.	Antragstellerin	Betreff	Beschluss	Erledigungsvermerk
B 1	Vorstand der Frauengruppe (Bund)	Projekt „Gendergerechte Beurteilungen im ö. D.“	Annahme	Projekt mit der HBS im Herbst 2014 abgeschlossen
B 2	Landesfrauengruppe Baden-Württemberg	Benachteiligung von Frauen bei der Beurteilung im Polizeivollzugsdienstes	Annahme als Arbeitsmaterial B 1	siehe B 1
B 3	Landesfrauengruppe Mecklenburg-Vorpommern	Gendergerechte Beurteilungen für Polizeibeschäftigte	Annahme in der Fassung	siehe B 1
B 4	Frauengruppe Bezirk Bundeskriminalamt	Änderung § 12 Abs. 1 SUrlV bzw. § 29 Abs. 1a) TVöD dahingehend, dass der Anspruch auch für Lebenspartner (gemeinsame Wohnung) gilt	Annahme als Arbeitsmaterial	Umsetzung des Antrages in vollem Umfang SUrlV § 21 Abs. 1, TVöD + TVL § 29 Abs. 1a
B 5	Landesfrauengruppe Niedersachsen	Versorgungslücke	Annahme	Annahme BK C 20
B 6	Landesfrauenvorstand Nordrhein-Westfalen	Versorgungsausgleich	Annahme als Arbeitsmaterial B 5	siehe B 5
C 1	Frauengruppe Bezirk Bundespolizei	Satzungsänderung	Annahme	§ 13 Abs. 2 der Satzung vom 11.11.2014 besagt: ... soll geachtet werden Klammersetzung (gemäß Frauenförderplan) nicht gestrichen
C 2	Landesfrauengruppe Rheinland-Pfalz	Novellierung des Frauenförderplans	Annahme in der Fassung	Vom Antragsteller zurückgezogen!



Antrag Nr.	Antragstellerin	Betreff	Beschluss	Erledigungsvermerk
C 3	Vorstand der Frauengruppe (Bund)	Medienpräsenz der GdP-Frauengruppen verbessern	Annahme	Erledigt durch Seminar Schreibwerkstatt Oktober 2016
C 4	Landesfrauengruppe Baden-Württemberg	Bundesweites Seminar zur Work-Life-Balance	Nichtbehandlung, da d. Antrag durch folgende Kongressbeschlüsse behandelt wurde: 5. BFK 2010 C13 u. 24. BK D 11	
C 5	Fachausschuss Frauen Berlin	Stärkere Berücksichtigung von Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamten in Publikationen der GdP	Erledigt durch ständige Praxis	
C 6	Landesfrauengruppe Brandenburg	Föderalismusreform	Nichtbehandlung, da einschlägige Kongressbeschlüsse vorliegen	
C 7	Landesfrauengruppe Baden-Württemberg	Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)	Nichtbehandlung, durch Kongressbeschluss 5. BFK 2010 Antrag C 20 angenommen	
C 8	Vorstand der Frauengruppe (Bund)	Anonyme Bewerbungsverfahren	Abgelehnt	
C 9	Vorstand der Frauengruppe (Bund)	Verbot frauenfeindlicher Werbung	Annahme	BK Annahme in der Fassung D 73 Bearbeitung über DGB
C 10	Vorstand der Frauengruppe (Bund)	Bekämpfung von Zwangsheirat	Annahme	Erledigt durch Handlungsempfehlung der FG gegen Zwangsheirat und Frühehen
C 11	Landesfrauengruppe Rheinland-Pfalz	Qualität der Kinderbetreuung	Annahme als Arbeitsmaterial	
C 12	Frauengruppe Bezirk Bundespolizei	Mehr Netto vom Brutto - Reduzierung der kalten Progression	Annahme	BK Annahme D 39 Bearbeitung über DGB Abt. Steuerpolitik



Antrag Nr.	Antragstellerin	Betreff	Beschluss	Erledigungsvermerk
C 13	Landesfrauenvorstand Nordrhein-Westfalen	Reduzierung der MwSt.	Annahme	BK Annahme als Arbeitsmaterial D 41 - Bearbeitung über DGB Abt. Steuerpolitik
C 14	Landesfrauengruppe Rheinland-Pfalz	Senkung der Besteuerung von Babyartikeln	Erledigt durch Annahme des Antrag C 13	siehe C 13
D 1	Landesfrauengruppe Baden-Württemberg	Tarifvertrag zur Altersteilzeit	Annahme in der Fassung	BK Annahme in der Fassung B 6 jährliche Prüfung, ob Bestandteil der Tarifforderung
D 2	Frauengruppe Bezirk Bundeskriminalamt	Änderung des TVLeist (§ 18 TVöD Bund)	Erledigt durch Entgeltordnung Bund	
D 3	Frauengruppe Bezirk Bundeskriminalamt	Ergänzung § 28 TVöD um eine Sollregelung für förderliche Studiengänge	Annahme in der Fassung	BK Annahme B 39 Prüfung der derzeitigen Erfolgsaussichten auf Umsetzung
D 4	Frauengruppe Bezirk Bundeskriminalamt	Möglichkeit der Urlaubsansparung für Kinderbetreuung analog § 7a EUrl-IV auch für Tarifbeschäftigte	Annahme als Arbeitsmaterial	
D 5	Frauengruppe Bezirk Bundeskriminalamt	Hinausschieben der Rente auch für Tarifbeschäftigte	Ablehnung	
D 6	Landesfrauengruppe Baden-Württemberg	Gleichstellung Renteneintritt für Angestellte im Schichtdienst	Annahme in der Fassung	BK Annahme als Arbeitsmaterial zu B 68 Bearbeitung über DGB
D 7	Landesfrauengruppe Thüringen	Informationskampagne zur Aufklärung über Teilzeit	Annahme in der Fassung	erledigt durch Präsentation auf Arbeitstagung Febr. 2017 + Druck Endlosfaltkarte Altersarmut
D 8	Frauengruppe Bezirk Bundespolizei	Gleichbehandlung Pflegezeit und Elternzeit	Annahme	BK Annahme B 77 Bearbeitung über DGB
D 9	Frauengruppe Bezirk Bundespolizei	Gleiche Rentenpunkte bei Kindererziehungszeiten für alle Frauen	Annahme in der Fassung	BK Annahme durch B 68 Bearbeitung über DGB
D 10	Landesfrauengruppe Thüringen	Gleichberechtigung von Müttern mit Kindern, die vor 1992 geboren sind	Erledigt durch Annahme D 9	siehe D 9



Antrag Nr.	Antragstellerin	Betreff	Beschluss	Erledigungsvermerk
D 11	Frauengruppe Bezirk Bundespolizei	Recht auf Kinderbetreuung für schulpflichtige Kinder bis 12 Jahre	Annahme in der Fassung	BK Annahme B 38 Prüfung der Erfolgsaussichten
D 12	Vorstand der Frauengruppe (Bund)	Abschaffung des Betreuungsgeldes	Annahme	BK Annahme B 75 Urteil BVerfG vom 21.07.2015 - Betreuungsgeld ist Ländersache
D 13	Landesfrauenvorstand Nordrhein-Westfalen	Betreuungsgeld	Erledigt bei Annahme durch D 12	
D 14	Landesfrauengruppe Baden-Württemberg	Erhebung Anträge Betreuungsgeld	Erledigt durch ständige Praxis	
D 15	Frauengruppe Bezirk Bundeskriminalamt	Änderung des § 7a Abs. 3 EUrlV „Der angesparte Erholungsurlaub ist nach Stunden zu berechnen“	Annahme als Arbeitsmaterial	
E 1	Vorstand der Frauengruppe (Bund)	Demografie im Arbeitsleben	Annahme in der Fassung	BK Annahme E 13 Arbeitstagung FG im April 2015 „Geschlechtersensibles Gesundheitsmanagement“, Neugründung einer AG mit Sitzung im September 2015
E 2	Landesfrauengruppe Mecklenburg-Vorpommern	Gesundheitsförderliche Führung in der Polizei	Erledigt durch Annahme E 1	
E 3	Landesfrauengruppe Bremen	Flexible Arbeitszeiten	Annahme als Arbeitsmaterial E 1	
E 4	Vorstand der Frauengruppe (Bund)	Burnout bei Frauen	Annahme als Arbeitsmaterial E 1	
E 5	Landesfrauengruppe Bremen	Erhöhung der Einstellungsquote	Annahme	BK Annahme C 13
E 6	Landesfrauengruppe Mecklenburg-Vorpommern	Schaffung aufstiegsförderlicher Rahmenbedingungen	Annahme in der Fassung	BK Annahme D 72 Bearbeitung über DGB



Antrag Nr.	Antragstellerin	Betreff	Beschluss	Erledigungsvermerk
E 7	Landesfrauengruppe Baden-Württemberg	Schaffung aufstiegsförderlicher Rahmenbedingungen	Annahme in der Fassung	BK Annahme D 72 Bearbeitung über DGB
E 8	Fachausschuss Frauen Berlin	Frauenvertreter-/Gleichstellungsbeauftragtenwahlen gleiche Bedeutung beimessen wie den Personalratswahlen	Annahme in der Fassung	BK Annahme B 81 Begleitung eines wissenschaftlichen Projektes „Gleichstellungsarbeit bei der Polizei: Erfahrungen und Perspektiven“, Beginn 09-17 bis ca. 02-18





Nachruf

Am 18. November 2017 erhielten wir die traurige Nachricht vom Tode unserer Bundesfrauenvorsitzenden

Dagmar Hölzl, die im Alter von nur 50 Jahren nach schwerer Erkrankung von uns gegangen ist.

Seit 2006 gehörte Dagmar dem Geschäftsführenden Bundesfrauenvorstand an. Auf den Bundesfrauenkonferenzen 2010 und 2014 trat sie als Bundesfrauenvorsitzende zur Wahl an und wurde mit überwältigender Mehrheit in dieses Gremium gewählt. Auch für die Bundesfrauenkonferenz im März 2018 hatte sie ihre Kandidatur geplant. Dagmar war der Motor unserer Frauengruppe. Ihr Ideenreichtum, die Belange der Frauen in der Polizei in den Focus der Organisation aber auch der Polizei zu transportieren, war beispielhaft. Sie hatte immer zündende Ideen von der unsere GdP bundesweit profitieren konnte.

Aber nicht nur in der GdP war Dagmar eine gefragte Ansprechpartnerin, auch im Landesfrauenausschuss des DGB in Baden-Württemberg und als deren Delegierte beim Landesfrauenrat sowie beim Deutschen Roten Kreuz hat sie deutliche Spuren hinterlassen.

Die Gleichstellung der Frau im beruflichen Alltag und die Antidiskriminierung waren ihr stets ein besonderes Anliegen. Dagmar hat mit ihrem scharfen Verstand, ihrer Empathie für Menschen und einer klaren Zielsetzung große Akzeptanz und Bewunderung in unserer GdP genossen. Sie hinterlässt als Mensch eine große Lücke, hat sie doch selbst aus ihrer Krankheit heraus so viele Anregungen in unsere Organisation gegeben, dass wir noch viele Aufgaben in ihrem Sinne bearbeiten werden.

Die Trauerfeier fand am 24. November 2017 in ihrer Heimatstadt Esslingen statt.

Wir werden Dagmar immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Geschäftsführende Bundesfrauenvorstand
Elke Gündner-Ede,
Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes
Annette Terweide,
Referentin Abt. Frauen- und Gleichstellungspolitik

